Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich [illegible] einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0.90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal, und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Mittbeus, für Reklame u. Inserate Karl Treis, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 112. Sonnabend, 14. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Verlängerung des Republikschutzes

Wilhelm muß mit Zustimmung der Deutschnationalen weiter in Holland bleiben.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien, die unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart von zwei deutschnationalen Ministern vor sich gingen, haben am Donnerstag zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Regierungsparteien einen Initiativantrag, bestehend aus einem Paragraphen, einbringen. Er besagt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik in seiner Gesamtheit um zwei Jahre verlängert wird und die Befugnisse des Staatsgerichtshofes an einen Senat des Reichsgerichts übergehen. Falls das Reichsverwaltungsgericht früher in Tätigkeit tritt, sollen ihm die aus dem Republikschutzgesetz entstehenden Aufgaben übertragen werden.

Außerdem wurde vereinbart, mit der Verabschiedung des Initiativantrages vom Reichstag eine Entschließung annehmen zu lassen. Ihr Wortlaut liegt zwar noch nicht fest, aber durch sie soll das Reichskabinett aufgefordert werden, in eine Prüfung darüber einzutreten, welche Bestimmungen des Republikschutzgesetzes aufgehoben bzw. abgeändert werden sollen. Hier handelt es sich um einen speziellen Wunsch der deutschnationalen Unterhändler, dem von den anderen Regierungsparteien entsprochen wurde. Es verbirgt sich hinter ihm der Zweck, den Kaiser-Paragraphen in absehbarer Zeit aufzuheben oder wenigstens nach außen den Deutschnationalen in diesem Sinne die Propaganda zu erleichtern. Die Offensive der Konservativen hat damit ihre Wirkung nicht ganz verfehlt. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch nur um einen Scheinsieg.

Die Deutschnationalen haben seit den interfraktionellen Verhandlungen über das Republikschutzgesetz ein regelrechtes Bombardement von persönlichen Einwirkungen Telegrammen und Briefen über sich ergehen lassen müssen. Seitdem nun bekannt geworden ist, daß die Deutschnationalen auch den Kaiserparagraph schlucken wollen, ist bei den unentwegten Monarchisten geradezu ein Sturm entstanden, der sich in Bitten, Beschwörungen und sogar in Drohungen ausobt. Aus allen Teilen Deutschlands regnen Aufforderungen, den Kaiserparagraphen unter allen Umständen abzulehnen, unter Hinweis auf die unübersehbaren Folgen in der „kaiserlreuen Bevölkerung".

Wie der „Soz. Pressedienst" von zuverlässiger Seite erfährt, hat auch Haus Doorn direkt und indirekt in den Kampf der Meinungen eingegriffen. Persönliche Vertrauensmänner des Kaisers sind aufgefordert worden, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Kaiserparagraph nicht Gesetz wird. Auch der Exkronprinz soll von seinem kaiserlichen Vater den Auftrag erhalten haben, alle Kräfte mobil zu machen, um die Deutschnationalen von dem beabsichtigten „Verrat" abzuhalten. Der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ist schließlich sogar eröffnet worden, daß die Konservative Partei offen gegen sie Stellung nehmen würde, wenn der Kaiserparagraph mit ihrer Hilfe Gesetz würde. Inwieweit und ob sich diese Einflüsse bisher überhaupt bis in das Palais des Reichspräsidenten geltend gemacht haben, war bisher nicht festzustellen.

Als Auswirkung dieser Kampagne auf die Deutschnationalen ist vorläufig festzustellen, daß sie die am Mittwoch gegebene Zustimmung zur Verlängerung des Kaiser-Paragraphen in ihrer anfänglichen Form am Donnerstag nicht mehr ganz aufrechterhalten hatten. Ihre Versuche gehen neuerdings dahin, eine Zusicherung zu erhalten, daß der Kaiser-Paragraph nicht zwei Jahre, sondern nur vorübergehend verlängert und in absehbarer Zeit ganz aufgehoben wird. An sich hat sich also an ihrer Absicht, für das gegen sie und gegen die Rückkehr ihres Kaisers und Königs aus Doorn geschaffene Gesetz zu stimmen, nichts geändert. Nur, daß sie nach dem neuesten Stand der Dinge jetzt nur vorübergehend die „Treue" zu dem angestammten Herrscherhause als Preis für eine weitere Beteiligung an der Reichsregierung verramschen wollen. „Diese treulose Gesellschaft", wird Wilhelm sagen.

*

Der Reichskanzler

wird in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, auch mit den Führern der Sozialdemokratie über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes zu beraten. Die Demokraten sollen ebenfalls geladen werden.

*

Nationale Taubstummenanstalt.

Es ist bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung" über die Vereinbarungen heute nicht eine Zeile bringt, während die „Kreuzzeitung" wahrheitswidrig behauptet, eine Einigung sei noch nicht erzielt. Im Gegensatz hierzu bestätigt der „Lokalanzeiger", daß der § 23 bestehen bleibt und auch die Zustimmung der Deutschnationalen finden wird. Darüber hinaus gibt das Blatt zu, daß die in Aussicht genommene Entschließung sich in erster Linie mit dem Kaiserparagraphen beschäftigen soll. Es dürfte also dabei bleiben, daß es sich in Bezug auf diesen Paragraphen um Abmachungen auf baldige Kündigung handelt. Die nationalistische „Deutsche Zeitung", die am Donnerstag noch in den heftigsten Worten gegen das Republikschutzgesetz Sturm lief, und seine Verlängerung u. a. als „neue Demütigung der Deutschnationalen" bezeichnete, hat ebenfalls die Sprache verloren.

Marx rüffelt Hergt.

Vor versammeltem Kabinett.

In der heutigen Ausgabe des „Berliner Tageblattes" wird festgestellt, daß der Reichskanzler seinen Vertreter und Reichsjustizminister Dr. Hergt vor versammeltem Kabinett erklärt haben soll, es wäre besser gewesen, wenn seine Beuthener Rede nicht gehalten worden wäre.

Die Verantwortung für diese Feststellung überlassen wir dem genannten Blatt, ebenso wie für die gleichzeitig von ihm aufgestellte Behauptung, daß der Reichsaußenminister am Donnerstag mit dem polnischen Gesandten in Berlin zeitraubende Verhandlungen über die Fertigstellung eines gemeinsamen Kommuniques geführt hat, durch das der Konflikt beigelegt und die von der polnischen Regierung eingeleitete Protestaktion abgeschlossen werden soll.

Die hohen Getreidepreise.

Unterbindung der Einfuhrscheine bis zum 31. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Die Getreidepreise sind in der letzten Zeit nicht unwesentlich gestiegen. Den Anstoß zu dieser Entwicklung haben die steigenden Forderungen der Ueberseegebiete gegeben, denen auf der anderen Seite ein starkes Einfuhrbedürfnis der europäischen Zuschußländer gegenüberstand. Die Preissteigerung hat sich in stärkerem Maße auf Weizen als auf Roggen erstreckt. Während noch vor einigen Wochen auf dem deutschen Markte die Preisspanne zwischen Roggen und Weizen nur etwa 10 ℳ betrug, ist sie gegenwärtig auf rund 30 ℳ angewachsen. Wenn auch mengenmäßig nach wie vor keine Besorgnis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Einsetzen der neuen Ernte besteht, so läßt doch das starke Einfuhrbedürfnis einiger europäischer Länder es zweckmäßig erscheinen, einer stärkeren Ausfuhr deutschen Brotgetreides rechtzeitig entgegenzutreten. Dies kann am zweckmäßigsten dadurch erreicht werden, daß bis zum Einsetzen der neuen Ernte, d. h. bis zum 31. Juli, bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste und Hafer Einfuhrscheine nicht erteilt werden.

Deshalb hat die Reichsregierung eine Vorlage eingebracht, die bereits die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat und in den nächsten Tagen im Reichstag erledigt werden soll.

Antwort an den Bürgerblock.

Der französische Außenminister Briand

hat zugesagt, über den deutschen Antrag auf Verminderung der Besatzungsstärke im Rheinland noch im Laufe dieser Woche eine Entscheidung seines Kabinetts herbeizuführen. Diese Entscheidung dürfte im negativen Sinne ausfallen.

Von einem bekannten und einflußreichen Diplomaten der Entente wird dem „Soz. Pressedienst" hierzu mitgeteilt: Die Aussichten auf baldige Verminderung der französischen Besatzungstruppen sind in der Tat äußerst gering. Die jüngsten Ereignisse in Deutschland, der ausgesprochene Rechtskurs der Bürgerblockregierung und die fortgesetzten aufreizenden Reden der deutschnationalen Führer im Lande sowie der Stahlhelmtag haben den nationalistischen Einfluß in Deutschland so gestärkt, daß Briand, selbst, wenn er wollte, der gegenwärtigen deutschen Regierung keine ernsthaften Zugeständnisse zu machen in der Lage ist. Das französische Gesamtkabinett würde ihn daran einfach hindern. Außerdem betrachtet man insbesondere im französischen Kabinett die Weigerung Deutschlands, die Schleifung der Ostfestungen durch eine Ententekommission feststellen zu lassen, als eine schikanöse Prestigepolitik der jetzigen Regierung. Auch durchaus deutschfeindliche Kreise kommen mehr und mehr zu der Einsicht, daß eine wirkliche Annäherung kaum möglich ist, solange die Bürgerblockregierung in Deutschland besteht.

Die Abrüstung.

Ein Vortrag Paul Boncours.

Paris, 12. Mai. (Eig. Drahtd.). Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat am Donnerstag vor der sozialistischen Parlamentsgruppe einen Vortrag über den Stand der Abrüstungsfrage gehalten. Er betonte, daß in Genf nur die Frage der Abrüstung zu Wasser und in der Luft ernste Schwierigkeiten bereitet habe. Die Entwaffnungsfrage sei heute jedoch eine Frage geworden, welche die Interessen der Allgemeinheit in allen Staaten aufs schärfste berühre. Es sei deshalb Pflicht der sozialistischen Parteien aller Länder, zur Erzielung der allgemeinen Abrüstung die notwendigen Kämpfe zu beginnen und auszufechten

Preußen und das Reich.

Der preußische Ministerpräsident schafft Klarheit.

Im preußischen Landtag

herrscht jetzt parlamentarischer Hochbetrieb. In der Donnerstagsitzung eröffnete

Ministerpräsident Braun

die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums mit einer großen Anklagerede gegen die Reichspolitik, die den süddeutschen Staaten ein paar Dutzend Millionen geschenkt hat, aber den preußischen Osten um den gleichen Betrag benachteiligt. Da die deutschnationalen Vertreter der preußischen Provinzen im Reichsrat, auch die Vertreter Ostpreußens, Schlesiens und Brandenburgs, die Interessen des Ostens schmählich preisgegeben haben, um den Besitzbürgerblockparolen im Reiche zu folgen, muß Preußen jetzt sein Recht vor dem Staatsgerichtshof suchen, vor dem es jüngst erst in der Eisenbahnfrage ein obsiegendes Urteil gegen das Reich erstritten hat. Braun sprach rückhaltlos aus, daß das Reich eine bewußt und offenbar antipreußische Politik treibt.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion,

Abg. Krüger-Brandenburg, unterstrich in seinen Ausführungen die schwere Notlage und ernste Gefährdung der preußischen Grenzprovinzen im Osten. Man dürfte nun gespannt sein, wie das Zentrum und die Deutschnationalen, die für das Reichspolitik in erster Linie verantwortlich sind, sich aus dieser peinlichen Situation herauswinden würden.

Der deutschnationale Redner, Abg. Schlange-Schöningen, verteidigte seine Partei mit den billigsten Volksversammlungsmäßchen. Er sowohl wie der Volksparteiler Dr. v. Campe wehklagten über Otto Brauns schlechten Ton, über die Peinlichkeit der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Reich und Preußen und über die angebliche Kriegserklärung an die Südstaaten. Als ob nicht alles auf die brutale Benachteiligung der preußischen Grenzprovinzen und auf die notwendige Abwehr dieser Zurücksetzung ankäme!

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heß

verbeugte sich vor der Reichsregierung, indem er erklärte, es freue ihn, daß sie den süddeutschen Staaten soviel gegeben hätte. Aber er verbeugte sich noch tiefer vor Otto Braun, der nur seine Pflicht tue, wenn er jetzt dafür sorge, daß Preußen ebensoviel bekäme wie die Süddeutschen schon hätten. Dann hat er die Sozialdemokratie sehr freundlich, nicht schlecht von der Reichsregierung zu denken, denn man könne doch nicht leugnen, daß in den letzten vier Monaten

die Deutschnationalen fabelhaft viel zugelernt hätten.

Sie seien geistig etwas langsam, darum hätten sie noch nicht alles begriffen, was zum Regieren notwendig sei, aber sie seien doch auf einem sehr erfreulichen Wege der Besserung.

Die Rede von Heß erntete allgemeine Heiterkeit, und auch den Deutschnationalen blieb nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Wenn sie geglaubt haben, auf dem Umweg über den Konflikt zwischen Reich und Preußen der preußischen Koalition Knüppel zwischen die Beine werfen zu können, so haben sie sich jedenfalls schwer geirrt. — Die Debatte wird in einer Abendsitzung fortgesetzt.

*

Otto Brauns Antwort.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funkmeld.) In der gestrigen Abendsitzung des Landtages, die erst nachts um 12 Uhr ihren Abschluß fand, nahm zunächst der

preußische Ministerpräsident

das Wort zu folgenden Ausführungen: Herr Schlange-Schöningen hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich den Landtag zu einem Kampfe gegen das Reich hinreißen lassen wolle. In meiner achtjährigen Ministertätigkeit habe ich immer bis zu der Grenze, die mir die preußischen Interessen gezogen haben, dem Reich in den schwierigsten Innen- und außenpolitischen Situationen als stärkste Stütze gedient. (Sehr wahr). Wir haben mit dem Reich endlos verhandelt, aber wenn unsere berechtigten Wünsche brüskiert werden, muß letzten Endes auch einmal Fraktur geredet werden und brüskiert ist Preußen in der Eisenbahnfrage worden.

Herr Schlange-Schöningen wirft uns vor, daß wir aus hysterischer Angst um die Republik mit Verboten und Haussuchungen arbeiten. Gegenfalls weniger als im alten Preußen. Ich habe am eigenen Leibe empfunden, wie man aus würdeloser Liebedienerei deutsche Staatsbürger monatelang in Untersuchungshaft genommen hat. (Sehr wahr b Soz.) Und aus Liebedienerei gegen den Zaren hat man Jahre lang eine große Zahl russischer Geheimagenten in Ostpreußen walten lassen, die allerdings ihre Hauptaufgabe in der Spionage gegen Deutschland erblickten. Unsere braven deutschen Truppen haben das 1914 mit ihrem Blute bezahlt. (Stürm. Hört, hört! links.) Wer dieses alte System verteidigt und noch heute verherrlicht, hat kein Recht von hysterischer lächerlicher Angst um den Staat zu sprechen.

Zum Fall Brecht

kann ich nur erklären, daß wir diese Methode des Abschiebens von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0001

Staatssekretären und Ministerialdirektoren in Preußen nicht getätigt haben. (Zuruf links: Leider!) Bei der außerordentlich fachlichen Tätigkeit des Ministerialdirektors Brecht muß ich annehmen, daß starke parteipolitische Motive bei seiner Dispositionsstellung mitgewirkt haben, insbesondere, daß sein Nachfolger ein Mann ist, den ich wegen seiner streng konservativen und monarchischen Gesinnung aus der Verwaltung heraus an einen Posten gestellt habe, in dem er nicht so viel innere Hemmungen zu erleiden hatte. (Hört, links.) Aus denselben Gründen, aus denen das Reichskabinett den Ministerialdirektor Brecht zur Disposition gestellt hat,

haben wir diese wertvolle Kraft für Preußen gewonnen.

Ich hoffe, daß die Reichsregierung den verhängnisvollen Weg nicht weitergeht, hochqualifizierte republikanische Beamte kurzerhand wegzuschicken. Ich würde es dann für eine Ehrenpflicht im Interesse der republikanischen Entwicklung Preußens liegend halten, derartige Beamte in den Staatsdienst zu übernehmen. (Stürmischer Beifall links.) Im übrigen wollte ja die Reichsregierung Herrn Brecht selbst einen neuen Wirkungskreis erschließen und kann also nur dankbar sein, daß wir eine geeignete Tätigkeit für ihn gefunden haben. Gerade vor einem Jahr hat das Reichsministerium des Innern den Länderregierungen dringend ans Herz gelegt, mehr als bisher Beamte der Reichsregierung in den Staatsdienst zu übernehmen. (Große Heiterkeit.) Anschließend erklärte der Ministerpräsident: Wenn Herr Schlange-Schöningen geglaubt hat, heute ein abschließendes Urteil über meine Tätigkeit als Ministerpräsident fällen zu sollen, so scheint es mir dazu viel zu früh. Vielleicht denkt er

bei meinem zehnjährigen Ministerjubiläum

ganz anders über mich. (Große Heiterkeit). Wenn er mich dann sachlich und ruhig beurteilen will, werde ich ihn jedenfalls gern in der Reihe meiner Festgäste begrüßen. (Große Heiterkeit und Beif. b. d. Soz.) Mit der Annahme des Haushalts des Staatsministeriums wurde die Nachtsitzung abgeschlossen. — Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Die Sorge um die Jugend.

Die Reichstagssitzung vom Donnerstag

war nur von kurzer Dauer, da der Spätnachmittag den Fraktionssitzungen vorbehalten blieb. Es wurde das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten weiter beraten. Der Bürgerblock zeigt gegenüber diesem Gesetz vollendete Teilnahmslosigkeit. Selbst die Redner und Rednerinnen aus seinen eigenen Reihen hatten im gesamten Regierungsblock kaum zwei Dutzend Zuhörer.

Erste Rednerin war die deutschnationale Abgeordnete Frau v. Sperber, die das geistige und künstlerische Leben Deutschlands aus der Perspektive irgendeines östlichen Hühnerhofes betrachtet. Sie wandte sich gegen die mit großer Reklame angekündigten

Nacktballets, Kabaretts

und ähnliche Giftblüten der Großstadtkultur. Natürlich dachte sie nicht im Traum daran, diesen aus kapitalistischem Gewinnstreben erwachsenen Instituten etwa das Leben wirklich schwer zu machen. Sie will, wie alle diese Moralprediger und -predigerinnen, nur die Jugend schützen. Erfolge wird sie damit nicht haben, so gut wie sicher werden die wirklich anstößigen Darbietungen unbehelligt bleiben, während man künstlerische Veranstaltungen, wenn sie irgendwie ästhetisch revolutionären Charakter haben, verfolgen wird.

Der volksparteiliche Abgeordnete Runkel ließ in seiner Rede durchblicken, daß manchem in seiner Fraktion bei der Zustimmung zu diesem Gesetz nicht wohl ist. Man kann in der Wandelhalle des Reichstags von volksparteilichen Abgeordneten sehr abfällige Urteile über diese Art der Bürgerblockgesetzgebung hören. Runkel gab zu, daß das Gesetz zu mancherlei Bedenken Veranlassung gebe, aber er hofft, daß durch die Mitwirkung der Jugendämter der Vorlage der Charakter eines Polizei- und Strafgesetzes entzogen werde. Zurufe aus den sozialdemokratischen Reihen machten ihn darauf aufmerksam, daß die Jugendämter nicht immer gehört zu werden und daß ihre Gutachten für die Behörden nicht entscheidend zu sein brauchen.

Eine Predigt für das Gesetz hielt auch die Zentrumsabgeordnete Frau Weber-Berlin. Sie meinte, es gebe zweierlei Jugendnot: 1. die soziale, 2. die sittliche. Da man gegen die soziale Not im Augenblick nicht viel tun könne, müsse man

umsomehr die sittliche Not der Jugend zu bekämpfen

suchen. Das Gesetz wolle gerade das Ungeistige bekämpfen und deswegen brauche man nicht im Namen der Geistesfreiheit gegen das Gesetz vorzugehen. Frau Weber wird niemand übel nehmen dürfen, wenn er gerade das Zentrum nicht als die Partei der Geistesfreiheit und der freien künstlerischen Entwicklung anerkennen will. So viel wir wissen, stammt Frau Weber aus Köln. Sie wird Gelegenheit gehabt haben, das Treiben während des

Kölner Karnevals

zu studieren, das im wesentlichen unter Duldung, ja unter Billigung der katholischen Kirche geschieht. Wir haben bisher nicht gehört, daß das Zentrum in Köln, in Mainz, in München und anderen Karnevalsstädten für ein Verbot des Faschings eingetreten sei. Hier wird auch in Zukunft die Jugend in den Strudel des Karnevalreibens hineingezogen werden und man wird dabei aller derartiger Jugendschutzgesetze spotten.

Für die Kommunisten sprach der Abgeordnete Rosenbaum. Gegen 4 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 3 Uhr vertagt.

Partei der Fürsorgezöglinge.

Das sogenannte „Aktionskomitee für Freiheit und Brot“, hinter dem sich nichts anderes als die Reste der für Berlin und Umgebung aufgelösten Nationalsozialistischen Partei verbergen, hatte für Donnerstag abend eine Protestkundgebung gegen die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten einberufen. Präsident Zörgiebel hat diese Kundgebung verboten. Auch die persönliche Vorstellung einiger nationalsozialistischer Abgeordneter im Polizeipräsidium hat an diesem Entschluß nichts geändert.

Die nationalsozialistischen Parlamentarier haben daraufhin ihr Glück bei dem preußischen Minister des Innern unter dem Hinweis versucht, daß ihnen nach der Verfassung die Möglichkeit gegeben werden müsse, zu ihren Wählern zu sprechen. Grzesinski hat darauf erwidert, daß nach der ganzen Vorbereitung ihrer Kundgebung über den wirklichen Zweck ihrer Absichten gar kein Zweifel bestehen könne. Die Kundgebung laufe lediglich darauf hinaus, unter falscher Flagge das Verbot des Berliner Polizeipräsidenten zu umgehen. Der Preußische Minister des Innern hat deshalb die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten nicht aufgehoben, sondern ausdrücklich gebilligt!

Neue Ausschreitungen.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funkm.). Am Donnerstag kam es im Westen Berlins wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der aufgelösten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Polizeibeamten, in deren Verlauf zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Es gelang der Polizei dabei, auch den Haupträdelsführer bei den Vorgängen auf dem Bahnhof Lichterfelde festzunehmen. Es wurde bisher vergeblich nach ihm gefahndet.

Von dem völkischen Abgeordneten Dietrich war für Donnerstag abend eine Versammlung nach den Hohenzollern-Festsälen in der Berliner Straße einberufen worden. Der Polizeipräsident hatte diese Veranstaltung verboten, weil er in ihr eine Umgehung seiner Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Partei erblickte. Trotzdem hatten sich bereits kurz nach 7 Uhr abends mehrere hundert Menschen vor den Hohenzollern-Sälen eingefunden. Sie drangen in den Vorraum des Sales ein. Dort hielt ein junger Bursche eine Rede, in der den Mitgliedern der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums blutige Rache für das Verbot der Nationalsozialistischen Partei geschworen wurde. Als die Polizei den Vorfall bemerkte, drang sie in den Vorraum ein und räumte ihn unter Anwendung von Gummiknüppeln. Inzwischen zog eine Demonstration von etwa 200 Mann durch die Berliner Straße und brachte „Nieder“-Rufe auf die Polizei aus. An der Spitze dieses Zuges marschierte ein junger Mann, der von Kriminalbeamten als der entlaufene Fürsorgezögling Willi Schäfer erkannt und als Haupträdelsführer der Vorgänge in Lichterfelde gesucht wurde. Schäfer wehrte sich verzweifelt. Ebenso ging die Menge gegen die Beamten vor. Da die Polizei im Augenblick nicht eingriff, zogen die Kriminalbeamten ihren Dienstrevolver und hielten sich so die Angreifer vom Leibe. Der innerhalb der Polizei als arbeitsscheu und verlumpt bekannte Schäfer wurde schließlich unter starker Bedeckung zur Wache gebracht. Außerdem nahm die Polizei 13 weitere Personen fest, von denen drei nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden. Die übrigen, die sämtlich Ausweise der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei sich trugen, wurden der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums zugeführt.

Diese Maßnahmen der Polizei genügten aber zur völligen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung noch nicht. Als die Nationalsozialisten vor den Hohenzollernsälen schließlich auseinandergetrieben waren, zogen etwa 300 von ihnen unter dem Gesang des englischen Operettenschlagers „Hakenkreuz am Stahlhelm“ den Kurfürstendamm entlang. Sie überfielen dort zahlreiche Passanten und mißhandelten sie schwer. Erst als das geschehen war, soll die Polizei eingegriffen und 17 weitere Demonstranten verhaftet haben. Um Mitternacht war die Ruhe endlich wieder hergestellt.

Die bisherigen Feststellungen der Polizei haben ergeben, daß die Ueberfälle am Kurfürstendamm von unsichtbarer Stelle aus planmäßig organisiert worden sind. Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Zörgiebel, hat sich die verhafteten Nationalsozialisten noch im Laufe der Nacht persönlich zur Vernehmung vorführen lassen.

Die Lage in China.

London, 12. Mai. (Eig. Drahtber.) Aus Schanghai wird gemeldet, daß von britischer Seite her

Schadenersatzforderungen in Höhe von 40 Millionen Mark

für die Zerstörung britischen Eigentums in Hankau eingereicht worden sind.

Am Donnerstag wurden von amtlicher Seite in London Mitteilungen über die augenblickliche

militärische Lage in China

gemacht. Sie lassen die Situation aber noch undurchsichtiger als bisher erscheinen. Nach diesen Informationen hat sich Genero' Yang — das ist jener General, der während der bekannten Wahn-Syen-Vorfälle auf chinesischer Seite die Kommandogewalt hatte —

wieder mit den Nordgenerälen verbündet.

Seine Truppen sollen am Yangtse entlang auf Hankau marschieren. General Yang hat nach dieser Meldung bereits die Städte Ischang und Scha-Schin eingenommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ beurteilt die dort geschaffene Lage wie folgt: Die Gruppen von Hankau und Feng stehen sich an der Grenze der Provinzen Honan und Hupe gegenüber. Sie sind beide jeweils in ihrer Westflanke bedroht, da Fengs Südarmee sich im Rücken von Yangs nördlicher Armee befindet. Die Lage flußabwärts des Yangtse ist ebenso kompliziert. Einerseits befindet sich Tschiangkaischeks Offensive im Norden Schinkiau gegenüber, andererseits aber soll Tschiangkaischek, nachdem in den letzten Tagen seine Fortschritte im Kampfe gegen Hankau gemeldet worden waren, zurzeit den Versuch machen, mit seinen alten Auftraggebern in Hankau wieder Frieden zu schließen und eine vereinte Front gegenüber den Nordarmeen zu organisieren.

Kein Abbau der Krisenfürsorge.

Mit Blamagen und Schlappen ist der Weg der Bürgerblockregierung gepflastert.

Die neueste Schlappe der Reichsregierung besteht in der **Ablehnung ihrer Krisenabbauvorlage im Reichsrat.**

Mit beweglichen Worten hat Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium um gutes Wetter für das Reichskabinett. Er machte eine Reihe von Zugeständnissen, um die Vorlage zu retten. So bot er den Wegfall des Artikels 2 an, der die Beseitigung der Krisenfürsorge in bestimmten Bezirken mit günstigerer Erwerbslosenziffer vorsieht; ferner sollten auch aus dem Artikel 1 der Vorlage, der auch das Ende der Krisenfürsorge für bestimmte Gewerbezweige (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Baugewerbe, Baustofferzeugung, Spinnstoffgewerbe, Vervielfältigungsgewerbe und Hausgehilfen) festsetzte, das Baugewerbe mit seinen Hilfsbetrieben sowie die Baustofferzeugung herausgenommen werden. Die Zahl der aus der Krisenfürsorge ausscheidenden Personen wurde vom Ministerialdirektor Weigert vorsichtig auf 11 500 geschätzt. Aber alle diese Beschwichtigungsversuche überzeugten den Reichsrat nicht. Namens der preußischen Staatsregierung beantragte Staatssekretär Weißmann die Ablehnung der ganzen Vorlage. Der Antrag Preußens wurde mit 41 gegen 26 Stimmen angenommen.

Die Länder wehrten sich dagegen, daß die Arbeitslosen aus der Krisenfürsorge herausgenommen und die Kosten für deren Unterstützung ihren Wohlfahrtsetats und den Gemeinden aufgepackt werden. Wenn die Länder und Gemeinden nichts davon wissen wollen, die Unterstützungslast ohne finanzielle Sicherungen dem Reich abzunehmen, so ist das nur allzu verständlich, denn das Reich hat absolut keine Veranlassung, die Lasten der Krisenfürsorge von sich abzuwälzen, da ja die maßgebenden Stellen selbst mit einem baldigen Rückgang der Kosten für die Krisenfürsorge, die jetzt zu Dreiviertel vom Reich und einem Viertel von den Gemeinden getragen werden, rechnen. Die Kosten für die Krisenfürsorge bezifferten sich im Monat Januar auf 9276 Millionen, im Februar auf 12 295 und im März auf 16 491 Millionen Mark. Die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge betrugen im Januar 111,408 Millionen, im Februar 104,164 Millionen und im März 97,8 Millionen Mark. Im Januar wurden von den rund 112 Millionen Erwerbslosenfürsorgekosten rund 50 Prozent durch Beiträge gedeckt. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit bedeutet auf der einen Seite Vermehrung der Beitragsleistung und auf der anderen Verringerung der Unterstützungsausgaben.

Warum unter diesen Umständen ein brutaler Abbau der Krisenfürsorge, wenn man nicht lediglich dem Unternehmertum den Gefallen tun will, den Hungerriemen der Arbeitslosen enger zu schnüren, damit sich möglichst viele und billige Arbeitskräfte zu jedem Preis auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

*

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

wendet sich mit der nachfolgenden Interpellation gegen den vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beabsichtigten Abbau der Krisenfürsorge und gegen die Herabsetzung der Unterstützungsdauer der Erwerbslosenfürsorge.

„Der Herr Reichsarbeitsminister hat durch eine Verordnung vom 22. April 1927, die am 1. Mai in Kraft getreten ist, für einzelne Gewerbe die Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge auf 26 Wochen herabgesetzt.

Außerdem ist geplant, für diese und weitere Berufe die Krisenfürsorge vollständig aufzuheben. Ferner soll in allen Bezirken die Krisenfürsorge aufgehoben werden, wo die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger 1,5 v. H. der Gesamtbevölkerung während mindestens zwei Wochen nicht übersteigt.

Durch diese Maßnahmen wird für eine große Zahl Erwerbsloser mit längerer Erwerbslosigkeit eine unerträgliche Lücke in der Gewährung von Unterstützung geschaffen.

Ist der Herr Reichsarbeitsminister bereit, die Verordnung vom 22. April 1927 wieder aufzuheben und die geplante Aufhebung der Krisenfürsorge zu unterlassen?“

Bulgarische Erlebnisse.

In der Parteipresse gibt der Reichstagsabgeordnete Genosse Rosenfeld, der in Sofia einer Gerichtsverhandlung gegen bulgarische Kommunisten beimohnen wollte, von den bulgarischen Behörden jedoch festgenommen und ausgewiesen worden ist, einen Bericht über seine Erlebnisse. Rosenfeld schreibt, er habe die Erlaubnis des Gerichtsvorsitzenden, an den öffentlich stattfindenden Sitzungen des Kreisgerichts teilzunehmen, gehabt und mit dem Genossen Oswald Richter (Wien) zwei Stunden hindurch den Verhandlungen beigewohnt. Rosenfeld erzählt dann weiter, sie seien in ihrem Hotel festgenommen worden und einer geradezu schimpflichen Behandlung ausgesetzt gewesen. Sein Verlangen, den deutschen Gesandten anrufen zu dürfen, der ihn erwartete, sei brüsk abgeschlagen worden. Alles, was sie bei sich hatten, Kleider und Gepäck, seien auf das sorgfältigste untersucht worden. Das Reisegeld sei nachgezählt und die festgestellte Summe als zu hoch befunden worden. Erst als ein Vertreter des deutschen Gesandten, der durch Zufall von der Festnahme erfahren hatte, erschien, seien sie wieder freigelassen worden.

Genosse Rosenfeld ist der Auffassung, daß dies alles lediglich deswegen geschehen sei, weil die bulgarische Regierung Angst hatte, daß die Wahrheit über die Zustände in Bulgarien nach Europa gemeldet werden könnte. Hinterher allerdings seien der bulgarische Regierung wohl Bedenken gekommen, ob sie von ihrem Standpunkt aus gut daran getan habe, Richter und Rosenfeld so zu behandeln, denn anders seien die Schwindelnachrichten, die sie ihnen über die Grenze nachgesandt habe, und die von der Hugenberg-Presse weitergegeben und durch eigene Zutaten vergröbert worden sind, nicht zu erklären. So ist frei erfunden worden, daß Rosenfeld und Richter Geld zur Verteilung unter die bulgarischen Kommunisten mitgenommen hätten.

Die Behandlung, welche sich unsere beiden Genossen in Bulgarien gefallen lassen mußten, kennzeichnen den politischen Druck, der in Bulgarien, dem rückständigsten Lande des Balkans herrscht, ausgeübt wird.

Das preußische Städtebaugesetz.

Einzelne Tageszeitungen haben die Nachricht gebracht, es sei wahrscheinlich, daß die Regierung den Städtebaugesetzentwurf bis zu den Neuwahlen zurückstellen werde. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu schreibt, hält die Preußische Staatsregierung im Gegenteil seine baldige Verabschiedung für die Gesundung des Wohnwesens und des gesamten Städtebaues für so wichtig, daß sie sich verpflichtet fühlt, auf möglichst schnellen Fortgang der Beratungen zu drängen. Eine reichsgesetzliche Regelung gewisser stadtbaulicher Rechtsbeziehungen wird allerdings von vielen Städtebauern, nicht nur von Hamburg aus, wie jene Nachrichten andeuten, angestrebt. Sie sind jedoch nicht geeignet, die Notwendigkeit des voliegenden preußischen Gesetzes in Zweifel zu ziehen.

Die Gärung in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 12. Mai. (Eig. Drahtb.). Aus Batavia wird gemeldet, daß dort wieder ein Schiff mit 36 internierten Kommunisten nach Makassar abging. Unter ihnen sollen sich zwei politisch bekannte javanische Persönlichkeiten befinden. Für weitere 250 Personen ist das Internierungsdekret angeblich bereits unterzeichnet. Die Gesamtzahl der auf der Internierungsliste stehenden Personen beträgt bereits 1000.

In Sabang auf Sumatra wurden wieder 230 Personen verhaftet. Alle indonesischen Gefängnisse sind jetzt infolge der Verhaftungen aus Anlaß des Novemberaufstandes im Jahre 1926 überfüllt.

Gegen die Porto-Erhöhung. Die demokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem sie die Reichsregierung um Auskunft ersucht, welche sachlichen Gründe für die von der Post geplanten Porto-Erhöhungen sprechen. Der Antrag ersucht die Reichsregierung weiter, sich für die Vermeidung der Portoerhöhung zu verwenden.

Eiltempo der Genfer Wirtschaftskonferenz. Aus Genf wird gemeldet, daß man hofft, die Weltwirtschaftskonferenz infolge des schnellen Fortganges der Verhandlungen am 21. Mai abschließen zu können.

Guter Saatenstand. Das Statistische Reichsamt meldet für das ganze Reich einen befriedigenden Saatenstand. Allerdings scheinen die starken Regenfälle im April zu Saatschäden in den niederdeutschen Flußgebieten geführt zu haben. Die Beurteilung lautet im allgemeinen für Roggen ungünstiger als für Weizen und Gerste.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0002

Gewerkschaftliches.

Die Löhne der Gemeindearbeiter. Die im Anschluß an die Tarifverhandlungen im Reichsfinanzministerium erfolgte Nachprüfung der an einzelnen Orten festgesetzten Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist am Donnerstag zum Abschluß gebracht worden. Das Ergebnis darf auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt als einigermaßen befriedigend angesprochen werden. Es wurde an insgesamt 128 Orten eine Lohnerhöhung rückwirkend ab 2. April von 1 bis 3 Pfennigen, in einigen Fällen sogar darüber hinaus, erzielt. Dieses Ergebnis und vor allem die etwas vernünftige Einstellung der Regierungsvertreter sind allem Anschein nach auf die seinerzeit stattgefundene gründliche Aussprache der Vertreter der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler zurückzuführen.

Lohnbewegung des mitteldeutschen kommunalen Straßenbahnpersonals. Der in der Lohnbewegung des mitteldeutschen kommunalen Straßenbahnpersonals vom Zentralausschuß für Straßenbahnertarifsachen der Gemeinden und Kommunalverbände als Berufungsinstanz am 28. 4. 1927 gefällte Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Spitzenlohnes des Straßenbahnpersonals ab 1. 4. 1927 um 4 Pfg. und ab 1. 10. 1927 bis 31. 3. 1928 um weitere 2 Pfg. ferner eine Erhöhung der Führerzulage um 1 Pf. vorsieht und den Schaffnern eine Kassierzulage von 1 Pfg. stündlich zubilligt, ist vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden e. V. abgelehnt worden.

Die Unfallziffer der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter ist in den letzten Jahren erschreckend in die Höhe gegangen, wie auf deren soeben beendeten zweiten Reichskonferenz in Dortmund festgestellt wurde. Im Jahre 1923 verunglückten in den Betrieben der GEW-Werke 4759 Personen, die Zahl stieg im Jahre 1925 auf 6568. Im Jahre 1925 wurden 978 Betriebe revidiert; davon waren nur 300 in Ordnung. Ganze 72 Reichspfennige wurden im Jahre 1925 pro Betrieb für Betriebsübermachung ausgegeben.

Genossenschaftliches.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Hamburg teilt für das Jahr 1926 eine Einnahme in Höhe von 17 Millionen Mark mit. Die Ausgaben betragen für Gehälter und Löhne 3,6 Millionen Mark, Unkosten 2,6 Millionen Mark, Zinsen 695 000 Mk., Grundstücks- und Gebäudeunkosten 1,2 Millionen Mark, Abschreibungen 5,6 Millionen Mark und Beiträge an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Fortbildungskommission und die Revisionsverbände rund 168 000 Mark. So ergibt sich ein Ueberschuß von 2 948 943,43 Mark. Auf das eingezahlte Stammkapital werden aus dem Ueberschuß 5 Prozent Zinsen, insgesamt 355 809 Mk., gezahlt. Von den verbleibenden 2 593 134,43 Mark sollen 1,5 Millionen dem Reservefonds, 463 000 Mark dem Dispositionsfonds, 441 000 Mark dem Produktionsfonds, 90 000 Mark dem Bankreservefonds und 100 000 Mark dem Pensions- und Unterstützungsfonds zugeführt werden.

Der Warenumsatz für 1926 wird mit 294 173 971 Mark angegeben, gegenüber 228 169 471 Mark im Jahre 1925. Vom Umsatz entfielen im Jahre 1926 rund 84,48 Prozent auf die Warenabteilung (im Jahre 1925 gleich 84,51 Prozent) und 15,52 Prozent auf die Eigenproduktion (im Jahre 1925 gleich 15,48 Prozent). Auf den Kopf der den Konsumvereinen angeschlossenen Mitglieder berechnet, ergibt sich ein Verbrauch von GEG- (Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine) Erzeugnissen von 14,30 Mark gegenüber 10,38 Mark im Jahre 1925. Die Steigerung beträgt 3,92 Mark gleich 37,7 Prozent. Der Warenumsatz insgesamt steigerte sich um 66 Millionen Mark gleich 28,9 Prozent. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Zahl der Mitglieder durch Bereinigung der Mitgliederlisten von 3 403 154 im Jahre 1925 auf 3 Millionen 194 548 im Jahre 1926 zurückgegangen ist.

Sport.

Kegler. Am Sonntag, den 8., treffen sich die Freien Kegler-Aschersleben, K.-K. Vorwärts und K.-K. Nachbarn Halberstadt auf Ruhbergs Bundesbahnen. Der Kampf ging über 50 Kugeln Bohle und 50 Kugeln Asphalt. Die Sechser-Mannschaft Aschersleben erzielte folgende Holzzahlen: Kegelbruder Stitz 625 Holz, Schultze 607, Köbel 601, K. Schulze 565, R. Schütz 555, Eschholz 554, die Kegelbrüder von Halberstadt: Schade 645 Holz, Vollmer 626, Stichnoth I. 624, Stichnoth II. 619, Warmholz 603, Friedrich 601. Mit diesem Kampf hat Halberstadt die erlittene Niederlage wieder wettgemacht.

Freie Sportvereinigung 1895 Wernigerode. Turner. Die nichtaktiven Turngenossinnen u Genossen, welche die Absicht haben, das Kreisturnfest in Bernburg am 8.—10. Juli zu besuchen, werden gebeten, am Freitag, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Knabenmittelschule zu erscheinen. Da die Meldungen bis zum 1. Juni in Bernburg eingehen müssen, ist der Meldetermin am 20. Mai einzuhalten.

Freie Sportvereinigung 1895 Wernigerode. Abtlg. Fußball. Das am 1. Mai ausgefallene Spiel Fr. Sportvereinigung 2. gegen Germania Reinstedt 2, findet bereits diesen Sonntag, 15. Mai, nachmittags 2.30 Uhr, auf dem Anger statt. Anschließend spielt Fr. Sportvereinigung 1. gegen Sportverein Hadmersleben 1. Da beide Mannschaften in Punkten gleichstehen, ist ein flottes Spiel zu erwarten.

F.-C. Germania 1900. Am Sonnabend findet auf dem Sportplatz an der Schäfergasse das Juniorenspiel der beiden Juniorenmannschaften des F.-C. Germania und Sportverband 04 Quedlinburg statt. Beide Mannschaften lieferten von jeher immer spannende Spiele. Die zweite Jugendmannschaft spielt auf eigenem Platz Sonntag 1 Uhr gegen Spielvereinigung Gatersleben. Die Knabenmannschaft fährt 7.50 Uhr nach Schlanstedt. Von den Herrenmannschaften ist nur die dritte Mannschaft beschäftigt und trägt in Schlanstedt ein Spiel aus. Abfahrt 7.50 Uhr. Die erste Mannschaft spielt erstmalig am Himmelfahrtstage gegen Borussia Halle.

Bücher und Schriften.

Dr. E. Fraenkel: Betriebsräte und Arbeitsgerichtsgesetz. — Umfang 34 Seiten. Taschenformat. — Preis kart. 40 Pfennig. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Berlin W. 30.

Da das neue Arbeitsgerichtsgesetz tief in die Bereiche des Betriebsrätegesetzes und den Aufgabenkreis der Betriebsräte eingreift, hat Ernst Fraenkel, der juristische Lehrer an der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg, alles das zusammengetragen, was nach den Erfahrungen aus der Praxis die Betriebsräte vom Ineinandergreifen von Betriebsrätegesetz und Arbeitsgerichtsgesetz wissen müssen. Besondere Aufmerksamkeit ist der Neuordnung der Verhandlungspraxis und der Bedeutung der freiwilligen Arbeitsgerichtbarkeit für die Gewerkschaften gewidmet. Die knappe, aber gründliche Einführung Fraenkels wird jedem Betriebsrat willkommen sein.

Dr. Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse. — 300 Seiten Großoktav. — Mit Porträt der Verfasserin. — Preis kart. 6 Mark, Leinen 7 Mark. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Die Verfasserin war Jahrzehnte vor dem Kriege eine bekannte Erscheinung der internationalen Sozialistenkongresse. Als geborene Russin kämpfte sie mit Leidenschaft gegen den Zarismus und konnte sich natrlich in Rußland nicht halten. So kam sie nach Italien und hat dort Jahrzehnte lang für die Freiheit gekämpft. Es gibt wenige, die Mussolini so genau kennen als diese Russin, die den „Duce" auf seinem ganzen Werdegang begleitet hat. Wie sie in ihren Lebenserinnerungen erzählt, hat sie Mussolini von seinen Anfängen als hungernder Flüchtling in der Schweiz bis zu seinem Ausscheiden aus der Redaktion des „Avanti", des Zentralorgans der italienischen Sozialdemokratie, fast dauernd zur Seite gestanden. Ihre Charakteristik des Faschistenhäuptlings beruht also auf genauester Kenntnis seines Entwicklungsganges und umreißt sein Bild mit einer Tatsachenschärfe, gegen die eine Polemik wirklich nur noch apologetisch möglich ist. Von diesem Artikel hat inzwischen Europa ja genug bekommen . . . Doch sind Angelica Balabanoffs Erinnerungen nicht nur wegen der furchtbaren Anprangerung des italienischen Faschistenführers wertvoll. Sie geben europäische Geschichte im Reflexe der sozialistischen Bewegung. Kaum eine Persönlichkeit der sozialistischen Internationale, von Bebel und Jaures, Rosa Luxemburg und Georg Plechanoff bis zu Lenin und Trotzki, fehlt in dem Reigen der Balabanoffschen Erinnerungen. Sehr viel bisher Unbekanntes aus der Geschichte der Kriegszeit wie der ersten Jahre Sowjetrußlands kommt zum Vorschein, immer gesehen durch ein Temperament, das intimstes Wissen und die Details in einen großzügigen Ueberblick über die Gesamtatmosphäre seines Lebensgebietes, der sozialistischen Bewegung, zu tauchen weiß. Alles im allem sind diese Erinnerungen ein Werk, das aufschlußreiches Studienmaterial bietet.

E. J. Gumbel: Vom Rußland der Gegenwart. — Umfang 112 Seiten. — Kart. 1,80 Mark. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Berlin W. 30.

Die neuere Literatur über Rußland, auch soweit sie sich statistisch tummelt, ist meist parteipolitisch gefärbt, zur eigenen Urteilsbildung also völlig unbrauchbar. Das Wichtige in der Gestaltung des neuen Lebens in der Sowjet-Union wird dabei entweder vom Glanze der Lobpreisungen oder von der Schwärze der Kritik verdeckt und kommt nicht zum Bewußtsein des Lesers. Gumbel ist nicht nur Statistiker und Pazifist, sondern ein scharfer Beobachter, der zwar aus seiner Sympathie für den bolschewistischen Versuch auf den Trümmern des Zarenreiches keinen Hehl macht, aber unbeirrt und lüft das Bild unreizt, daß sich ihm in halbjährigem Aufenthalt in Rußland bot. Er war weder als Arbeiterdelegierter noch als Gast der Sowjetregierung drüben, sondern zur Erledigung eines wissenschaftlichen Auftrages am Marxinstitut in Moskau. Prof. Albert Einstein nannte den Bericht nach der Lektüre des Manuskriptes „das seit langem interessanteste Buch über Rußland, . . . merkwürdig objektiv geschaut".

Standesamt Halberstadt

Sterbefälle vom 6. bis 12. Mai 1927.

Ehefrau des Invaliden Gustav Nicolai, Dorothee geb. Schmidt, 62 J. — Ilse Giebel, 9 Mon. — Witwe Friederike Kopp geb. Adam, 81 J. — Ehefrau des Zugführers i. R. August Reinboth, Minna geb. Gehrmann, 61 J. — Joachim Dannemann, 2 Mon. — Hofmeister Wilhelm Nehrig aus Westerburg b. Dedeleben, 66 J. - Witwe Luise Heindorf geb. Bock, 77 J. — Ehefrau des Oberpostschaffners i. R. Friedrich Krune, Wilhelmine geb. Bogelei, 73 J. - Hospitalit Schmied Gustav Kruse, 73 J. — Kaufmann Leopo. Gente, 56 J.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Haussuchung in der Londoner Sowjet-Handelsgesellschaft.

London, 13. Mai. (Eig. Funkm.). Am Donnerstag hielt die englische Polizei im Auftrage des Innenministeriums in dem Büro der Londoner sowjetrussischen Handelsgesellschaft eine Haussuchung ab. Die englische Regierung hegte schon seit langer Zeit den Verdacht, daß die 700köpfige beschäftigende Gesellschaft sich mehr mit der Organisation der kommunistischen Bewegung als mit legitimen Handelsgeschäften befaßt. Das Ergebnis der Untersuchung ist bisher noch nicht bekannt geworden. Die englische Regierung erwartet von ihr jedoch, daß es ihr die Möglichkeit bietet, einen großen Teil der in der sowjetrussischen Handelsgesellschaft tätigen Personen des Landes zu verweisen. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Zur Mordaffäre Rosen.

Breslau, 13. Mai. (Eig. Funkmeld.) Am Donnerstag nachmittag sind die Wirtschafterin Neumann und der Schlosser Strauß, die im Zusammenhang mit der Mordaffäre Rosen Anfang des Jahres wieder verhaftet wurden, aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Die Begründung lautet, daß gegen sie im Augenblick dringende Verdachtsmomente nicht mehr vorliegen und auch Fluchtverdacht nicht besteht.

Eine tapfere Zeitungsfrau.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funkmeld.) Am Donnerstag nachmittag gegen 3 Uhr versuchten zwei Männer in der Ansbacherstraße in Berlin die Auslagen eines Juweliergeschäftes auszurauben. Sie hatten schon einen Schaufensterkasten erbrochen und Wertsachen für ungefähr 1000 Mark zu sich gesteckt, als eine Zeitungsfrau auf sie aufmerksam wurde und gegen die Verbrecher mit ihrem Regenschirm so energisch vorging, daß die beiden flüchten mußten. Die von dem Inhaber des Geschäfts im Verein mit der Polizei aufgenommene Verfolgung blieb erfolglos. Die Auslage des Juweliers, auf die es die Verbrecher abgesehen hatten, enthielten Juwelen im Betrage von ungefähr ¾ Million Mark.

Die Ozeanflieger.

Keine Nachrichten von den Franzosen.

Paris, 13. Mai. (Eig. Funkm.). Die letzten hier eingetroffenen Nachrichten besagen, daß alle Nachforschungen nach den beiden französischen Fliegern Nungesser und Coli weiterhin erfolglos geblieben sind. Der französische Konsul in Montreal hat dem Quai d'Orsay inzwischen mitgeteilt, daß auch an der kanadischen Küste keine Spur von den Fliegern festgestellt werden konnte. Alle Leuchttürme der Küste und die Funkstationen der kanadischen und amerikanischen Küste sind unterrichtet worden, eventuelle Mitteilungen über den Verbleib der Flieger sofort an die kanadische oder amerikanische Regierung zu übermitteln.

Schwache Hoffnung.

Paris, 13. Mai. (Eig. Funkm.). Der „Matin" will eine Nachricht aus Neufundland erhalten haben, daß dort zwischen 9 und 10 Uhr am Montag vormittag ein Flugzeug gesichtet worden sei. Dieses Flugzeug wurde angeblich von mehreren Personen gesehen. Die bereit sein sollen, das unter Eid auszusagen. Inzwischen sind von amerikanischer Seite zur Nachprüfung dieses Gerüchtes Beamte nach Neufundland geschickt worden.

Die Amerikaner sind abgeflogen.

Aus Newyork wird heute früh funkentelegraphisch gemeldet, daß die beiden amerikanischen Flieger Chamberlain und Bertham in dieser Nacht um 2 Uhr (deutsche Zeit) zu ihrem direkten Flug über den Ozean Newyork—Paris aufgestiegen sind. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt bisher nicht vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0003

Reklame-Verkauf

Fortlaufend billige Preise!

Damen- und Kinder-Konfektion

Musseline-Kleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch Frauengrößen . . . . . 9.50 6.50 — **3.90**

Kleider alle neuen Sommerstoffe, gemustert u. einfarbig, in größter Auswahl . . . . . von **4.90** an

Voile-Kleider flotte aparte Macharten, mit langen u. kurzen Aermeln . . . . . von **9.75** an

Mäntel aus Kasha, Shetland oder Herrenstoffen . . . . von **12.50** an

Seidenmäntel schwarz und farbig, entzückende Ausführ. 32.00 25.75 — **23.50**

Fesche Ripsmäntel in neuen Farben . . . . . von **19.50** an

Kostüme ganz auf Futter aus mod. Shetlandstoffen von **19.75** an

Weiße Röcke mit Falten oder Plisse . . . von **5.75** an

Kinder-Kleider aus hübschen Sommerstoffen, in allen Größen, reizende Muster . . . . . von **1.90** an

Kittel und Spielhöschen in waschechten Stoffen . . . von **95** Pf. an

Wäsche und Schürzen

Damen-Taghemd mit Languette . . . . . von **68** Pf. an

Damen-Hemdbeinkleid reich mit Hohlsaum garniert, von **1.35** an

Damen-Nachthemd mit Klöppelspitzen und Hohlsaum besetzt . . . . . von **1.95** an

Unterkleider aus Seidentrikot, leuchtende Farben . . . . von **1.95** an

Seidentrikot-Schlüpfer große Farbenauswahl . . . von **1.65** an

Damen-Schlüpfer mit Doppelwickel . . . von **78** Pf. an

Damen-Schlafanzüge reizende Neuheiten . . . . von **6.90** an

Kinder-Trikot-Prinzeßröcke von . . . . . **85** Pf. an

Kinder-Trikot-Schlüpfer von . . . . . **45** Pf. an

Mädchen-Schürzen Neuheit, indanthren, reizende Macharten Größe 45 von **1.65** an und 30 Pfg. steigend

Knaben-Schürzen mit großer Spieltasche . von **45** Pf. an

Damen-Schürzen Neuheit, indanthren . . . von **1.95** an

Frottier-Handtücher bunt gem. od. weiß m. Kante, von **65** Pf. an

Ein Posten Stickereien alle Breiten, feste Qual., abget. Coupons, v. 2.30 m u. größ. v. **18** Pf. an

In unserer Putz-Abteilung

Riesen-Auswahl

Hüte in allen Geflechten, neueste Formen

besonders billige Preise!

Strick-Kleider entzückende Neuheiten, riesengroße Auswahl . . 35.00 27.00 19.75 **12.50**

Damen- und Herren-Pullover Wolle, Wolle mit Seide u. Seide 19.00 14.75 10.75 **5.90**

Strickjacken mit Woll-Pelzbesatz, alle Farben, auch weiß und schwarz 19.75 16.50 12.90 **8.90**

Kleider- und Mantelstoffe

Waschmusseline große Ausmusterung . . Meter 78 **55** Pf.

Wollmusseline in neuen Dessins . . . . . Meter 2.40 **1.75**

Wollmusseline in hübschen, aparten Frauenmustern Meter 2.60 **2.25**

Einfarb. Wollmusseline alle Farben vorrätig . . . Meter **1.95**

Voll-Voile doppeltbr., in neuen Blumendessins . Meter 2.60 1.95 **1.25**

Weißer Voile 112 cm breit, Schweizer Ausrüstung . . Meter **1.60**

Indanthren-Stoffe gemust., mit passenden einfarb. Stoffen Mtr. 1.60 **1.20**

Zephir gestreift, für Sporthemden und Kleider . Meter **68** Pf.

Karierte Zephirs für Kleider . . . . Meter 95 **78** Pf.

Kunstseide bunt bedruckt, in großer Auswahl Meter 2.40 1.70 **1.45**

Kunstseide kariert u gestr. Meter 1.30 1.10 **95** Pf.

Bast-Seide einfarbig große Breite . . . Meter 3.40 **1.95**

Bast-Seide bedruckt in neuen Blumenmustern . . Meter 4.60 **3.20**

Taffet-Seide viele Farben, für Stilkleider, große Breite Meter **3.90**

Kunstseid. Crep de chine entzückende Neuheit . . . . von **2.90** an

Helvetia-Seide groß Farbensortiment gute waschbare Qualität, Meter **2.90**

Veloutine das elegante Kleid, alle modernen Farben . Meter **9.40**

Mantel-Seide bis 130 cm br. schwarz und farbig . Meter 7.90 **5.80**

Kasha-Stoff 130 cm breit, für Kleider, Mäntel, Kostüme, Mtr. 8.40 **6.80**

Shetland 130 cm breit, für Mäntel und Kostüme, Meter 5.40 **3.40**

Jersey-Stoff 140 cm breit die große Mode . . . . Meter **8.40**

Weiße Wollstoffe in allen Breiten. . . Meter von **2.40** an

Herren-Artikel

Perkal-Oberhemden eleg. Karos u. Streifen 7.50 5.50 — **4.90**

Zephir-Oberhemden einfarbig, mit Kragen 6.50 4.50 — **3.60**

Trikoline-Oberhemden letzte Neuheiten . . . . . von **7.90** an

Weiße Oberhemden mit Rips-Einsätzen u Manschetten 9.50 7.75 — **5.90**

Herren-Sporthemden in waschechten Streifen . . von **2.90** an

Sporthemden einfarbig und gestreift für Knaben . . . . . von **1.80** an

Selbstbinder Foulard, für den Sommer, reine Seide . . . . . von **1.45** an

Selbstbinder moderne Ausmusterung 85 65 — **45** Pf.

Moderne Stehumlegekragen in nur guten Qualitäten 90 — **75** Pf.

Halbsteife Kragen elegant und praktisch . . . . **75** Pf.

Hosenträger mit Aermelhalter und Sockenhalter . . . . 2.75 — **1.95**

Hosenträger aus festem Gummiband mit Lederstrippen 1.75 1.25 — **95** Pf.

Kavalier-Tücher moderne Dessins . . . . 1.25 — **75** Pf.

Damen- u. Herren-Schirme moderne Griffe, gute Stoffe . . . . . 6.90 5.75 — **4.90**

Bettwäsche und Handtücher

Bett-Bezüge weiß, m. 2 Kissen starkes Hemdentuch od. Linon 8.50 — **6.90**

Bett-Bezüge bunt, kariert oder geblümt, mit 2 Kissen 7.90 — **6.90**

Laken volle Größe, derbes Stubltuch oder Halbleinen . . . 3.90 — **2.90**

Handtücher weiß, Gerstenkorn mit Kante . 68 — **48** Pf.

Handtücher gute Damast-Qualität . . . . . 1.20 — **95** Pf.

Wischtücher blau oder rot kariert . . . . . 36 — **24** Pf.

Strümpfe und Korsetts

Damen-Strümpfe schw. u. farb., verst. Sohle u. Ferse 75 — **45** Pf.

Damen-Strümpfe schw. u farb., Maco od. Seidenfl., m. Doppelf. u. Hochf. 1.75 135 — **95** Pf.

Kunstseidene Strümpfe schwarz und farbig **1.10**

Waschseidene Strümpfe alle Modefarben . . . . 1.75 — **1.45**

Damen-Strümpfe Adlerseide in modernen Farben, auch schwarz **2.45**

Herren-Socken, in feinen Farben **45** Pf.

Kavalier-Socken, mod. Karos 1.25 **95** Pf.

Stutzen, gute Qual., v. Farb. von **1.60** an

Korsetts aus gutem Drell . . . . . 3.25 — **2.25**

Hüfthalter mit 4 Strumpfhaltern **1.95**

Hüfthalter mit Gummiansatz und Strumpfhaltern **2.95**

Strumpfhaltergürtel . . . . . von **50** Pf. an

Büstenhalter a. Atlas-Trikot, guter Sitz **1.25**

Büstenhalter gute Stoffe . . . . . 85 — **60** Pf.

Wasch-Unterröcke aus guten Stoffen . . . . 2.45 — **1.95**

Weißwaren

Kleiderwesten Crep de chine, mit Spitze u. Säumchen 3.25 2.45 — **1.95**

Kleiderwesten weiß, Batist mit Spitze . 2.75 1.60 — **95** Pf.

Pullover-Kragen aus Crep de chine mit Spitze . 2.40 1.75 — **1.25**

Pullover-Kragen weiß oder creme Seidenrips . 1.25 — **85** Pf.

Kieler-Garnituren . . . . . 1.65 1.45 — **95** Pf.

Kieler-Knoten . . . . . 75 60 — **45** Pf.

ADOLF EBSTEIN

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 112. Sonnabend, 14. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 13. Mai.

Stehkragen und Weltordnung.

Von Hans Natonek.

Es ist ein Problem; ein richtiges, ausgewachsenes Problem mit allen möglichen Trotzdems und Jedennochs. Einerseits und Anderseits, Hinwiderum und Wenn und Aber . . .

Ein Mann ohne Kragen, mit blauer Arbeitsschürze, einen guten, neuen Hut auf dem Kopf, kommt ins Cafe. Es ist Sonntag abend. An den Tischen sitzt elegantes Publikum. Der Mann ohne Kragen, der scheinbar von der Arbeit kommt, ist sauber und adrett. Er bestellt eine Tasse Kaffee.

Hier hält die Weltordnung eine Sekunde lang den Atem an; eine Stockung, so fein, daß nur der liebe Gott sie hört. Was wird geschehen? Wird der Mann ohne Kragen mit seiner blauen Arbeitsschürze seine Tasse Kaffee bekommen?

Er bekommt sie nicht. Der Kellner fordert den Mann ohne Kragen auf, das Lokal zu verlassen; er habe den Auftrag, Gästen ohne Kragen nichts zu verabreichen oder zumindest nichts anderes als einen Hinauswurf. Dies sei die Hausordnung; im Interesse der Gäste, die einen Kragen haben.

Der Mann ohne Kragen wendet bescheiden ein, wenn er seine Tasse Kaffee bezahle, wie die anderen, habe er auch ein Recht, sie hier zu trinken wie die anderen. Der Kellner zuckt die Achsel: strikter Befehl . . ohne Kragen . . Lokal verlassen . . .

Es bilden sich zwei Parteien; für und wider den Mann ohne Kragen. Der Geschäftsführer naht. Er hat einen Cutaway und einen Kragen, sogar einen sehr hohen. „Verlassen Sie sofort das Lokal!" Die Szene wird erregt. Warum läßt man das Publikum nicht abstimmen? Ein Schutzmann erscheint; auch er hat einen Kragen, du bist in der Minderheit; es wird dir an den Kragen gehen, den du nicht hast. Es bleibt dir nichts anderes übrig, als der Haus- und Gesellschaftsordnung zu weichen.

Der Haus- und Gesellschaftsordnung — wohl verstanden. Die Weltordnung ist anderer Meinung. Sie schüttelt ihr uraltes Haupt und legt den Fall in das sehr dicke Aktenfasziekl „Soziale Probleme", Rubrik „Ohne Kragen", das unerledigt bleibt bis zum jüngsten Tag. (Mit besonderer Erlaubnis des Verfassers und des Verlegers, wurde vorstehende Skizze dem soeben erschienenen Buche „Schminke und Alliag" von Hans Natonek, Verlag F. Krick, Leipzig, entnommen).

Die Erhöhung der Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer.

In verschiedenen Gemeinden sind, so wurde in einer Kleinen Anfrage eines Landtagsabgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung ausgeführt, in der letzten Zeit Beschlüsse auf Erhöhung der Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer mit rückwirkender Kraft gefaßt worden. Der Antrager wies darauf hin, daß dieses Vorgehen der Gemeinden Hauseigentümer wie Mieter in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schwer schädige. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, beantwortet der Preußische Innenminister die Anfrage folgendermaßen:

Das Staatsministerium ist nicht in der Lage, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß rückwirkende Beschlüsse auf Erhöhung der Grundvermögenssteuerzuschläge grundsätzlich unterbleiben. Die Gemeinden haben nach dem geltenden Gemeindeabgabenrecht das Recht der Erhebung von Nachtragsumlagen innerhalb des Rechnungsjahres; nach den Vorschriften des KLG. müssen aber Nachtragsumlagen auf solche direkte Steuern der Gemeinden auf das ganze Rechnungsjahr abgestellt sein, so daß eine solche Nachtragsumlage überhaupt nur mit rückwirkender Kraft für das ganze Rechnungsjahr zulässig ist. Mit Rücksicht auf die hiermit verbundenen Schwierigkeiten für die Steuerpflichtigen sind die Gemeinden wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Nachtragsumlagen möglichst zu vermeiden sind. Bei den starken Schwankungen, denen die Grundlagen der Gemeindeetats in den letzten Jahren unterworfen gewesen sind, hat dieser Hinweis allerdings leider den gewünschten Erfolg nicht haben können.

Erleichterung in der Lohnsteuerabführung.

Das Finanzamt schreibt uns: Die in der ersten Hälfte eines Kalendermonats einbehaltenen Steuerbeträge sind am 20. d. Mts. nur dann abzuführen, wenn sie für die sämtlichen in einem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt den Betrag von 200 RM. übersteigen. Uebersteigen sie diesen Betrag nicht, so sind sie zusammen mit den in der zweiten Hälfte eines Kalendermonats einbehaltenen Beträgen erst am 5. des folgenden Monats abzuführen.

Beispiel: Ein Arbeitgeber löhnt seine Arbeitnehmer wöchentlich. Es sind einbehalten worden: Am 2 April 80 RM., am 9. April 90 RM., am 16. April 100 RM., am 23. April 85 RM. und am 30. April 95 RM., also in der ersten Hälfte des Monats 170 RM., im ganzen Monat 450 RM. Die in der ersten Monatshälfte einbehaltenen 170 RM. brauchen am 20 April nicht abgeführt zu werden; vielmehr sind die vollen 450 RM. erst am 5. Mai zu entrichten.

Wird die Lohnsteuer nicht rechtzeitig entrichtet, so sind Verzugszinsen nach der Fünften Verordnung zur Aenderung der Steuerzinsverordnung vom 21. Januar 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 50) zu erheben.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Lohnsteuer in jedem Falle bis zum 5. jeden Monats für den vergangenen Kalendermonat unter Einsendung der Bescheinigung Muster 2 an die Finanzkasse abgeführt werden muß. Falls für einen oder verschiedene Monate keine Lohnsteuer abzuführen ist, weil der Betrieb ruht oder weil kurz gearbeitet wird, empfiehlt es sich, der Finanzkasse eine kurze Nachricht zu geben.

* **Der neue Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion Magdeburg ist erschienen.** Er ist durch Aufnahme weiterer Anschlüsse bei den Fernverbindungen und einiger Streckenfahrpläne wesentlich wertvoller geworden. Auch die der Reichsbahndirektion im Laufe der Zeit unterbreiteten Verbesserungsvorschläge wurden berücksichtigt. So sind die Fernverbindungen und der Vorortverkehr in einem besonderen Teile auf grünem Papier gedruckt und in sich geschlossen in dem Buche nach vorn genommen. Besonders ist zu berücksichtigen, daß nunmehr erstmalig die 24-Stundenzählung durchgeführt ist. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg teilt uns hierzu noch mit, daß der Taschenfahrplan zum alten Preise von 50 Rpf. bereits bei allen Fahrkartenausgaben, sowie bei den meisten Bahnhofsbuchhändlern käuflich zu haben ist.

* **Keine staatliche Konkurrenz gegen Baumschulenbetriebe.** Auf eine Kleine Anfrage im Preußischen Landtag, in der aus Anlaß eines Einzelfalles über „die unberechtigte und unnötige Konkurrenz des Staates" gegen holsteinische Baumschulenbetriebe geklagt wurde, erwidert der Minister für Landwirtschaft grundsätzlich, daß die Staatsforstverwaltung in ihren Pflanzschulen und Saatkämpen nur die für ihren eigenen Bedarf nötigen Forstpflanzen erzieht. Wenn ausnahmsweise geringe Pflanzenmengen übrig bleiben, werden sie auf Ansuchen von Gemeinden usw. im Landeskulturinteresse zum Selbstkostenpreis abgegeben. Im ganzen beläuft sich die Zahl der durch die Forstabteilung vermittelter Forstpflanzen auf jährlich knapp eine Million.

* **Tagung des Harzbezirkes Stolze-Schrey.** Einen glänzenden Verlauf nahm die diesjährige Tagung des Harzbezirks Stolze-Schrey'scher Stenographen-Vereine, die am Sonnabend und Sonntag in Halberstadt stattfand. Aus den Berichten der einzelnen Ortsvereine auf der stark besuchten Vertretersitzung war zu entnehmen, daß überall im verflossenen Geschäftsjahr Anfängerkurse mit gutem Erfolge durchgeführt wurden, und daß die Mitgliederzahl auf der Höhe der Vorjahre geblieben ist. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender ist Studienrat Dr. Ehrhardt Halberstadt. Bei dem sehr gutbesuchten Wettschreiben am Sonntag morgen konnten allein 30 Arbeiten in der Geschwindigkeit von 200 bis 300 Silben als preiswürdig bezeichnet werden. Die Spitzenleistung im Wettlesen betrug 710 Silben in einer Minute. Im englischen wurde bei 100 Silben Geschwindigkeit ein 1. Preis erzielt. In der öffentlichen Festversammlung sprach Oberstudiendirektor Dr. Dewischeit, der langjährige Fachberater des preußischen Kultusministeriums über das Thema „Warum brauchen wir eine Volkskurzschrift?" Die Veranstaltungen des Nachmittags und des Abends galten dem geselligen Beisammensein und beschlossen würdig das in allen Teilen gut verlaufene Fest. Der Halberstädter Kurzschriftverein Stolze-Schrey konnte bei dem Wettschreiben wiederum, was Anzahl der höchsten Leistungen betrifft, als auch nach der Menge der erzielten Preise, die Führung im Harzbezirk beibehalten, die er bisher seit Jahren gehabt hat. Es erhielten folgende Mitglieder einen Preis: 240 Silben. 1. Preis: Fräulein Lotte Bozmann, Else Calm, Agnes Sauer, Elli Rause. 2. Preis: Erna Klocke, Liesbeth Finck, Frau Grete Hirseland, 3. Preis: Herr Erich Weiß, Marie Werny. 220 Silben, 1. Preis: Martha Scholz, Leni Wolters, Anneliese Possessius. Anneliese Koch, Charlotte Stolpmann. 200 Silben, 2. Preis: Käthe Notwehr, Gertrud Spohr, Marta Flemming, Käthe Vogel, Minna Schrader. 180 Silben, 1. Preis: Lotte Rühlmann, Lissy Kruse. 160 Silben, 1. Preis: Ruth Barnbeck, Lina Hensel. 140 Silben, 1. Preis: Elisabeth Pruschke, Hildegard Lohdal, 3. Preis: Walli Dölle, Hedwig Sarnow. 120 Silben, 1. Preis: Marie-Luise Jäger, Herr Albert Behrens, Gertrud Fick, Alice Klein, Gertrug Eilert, Else Schneider, Elfriede Cieslick, Elisabeth Lenz, 2. Preis: Helene Haberer. 100 Silben, 2. Pr.: Käthe Nebel, Gertrud Struck, Hans Tödimann, 3. Preis: Grete Hartung. 80 Silben, 2. Preis: Walli Haubold, Grete Hollstein, Fridel Weniger, 3. Preis: Hans Lebert, Else Rosf. 60 Silben, 1. Preis: Lieselotte Eulenberg, 2. Preis: Erna Schenk. Englisch. 100 Silben, 1. Preis: Charlotte Stolpmann. 60 Silben, 1. Preis: Walli Dölle, Käthe Notwehr, Käthe Vogel. Marta Flemming, Gertrud Spohr, Else Schneider. Wettlesen. 1. Preis: Herr Arthur Gallwitz mit 710 Silben, 2. Preis: Fräulein Ruth Barnbeck mit 479 Silben.

Lack und Farbe vermehrt Haltbarkeit, Schönheit u. Wert Ihres Eigentums

Lassen Sie sich beliefern u. beraten durch die

Drogenhandlung Otto Henicke

Spezial-Farbenhandlung

Halberstadt, Fahnenstr. 9. Fernruf 2522.

Oelfarbenfabrikation mit Maschinenbetrieb.

Die Jagd nach dem Glück.

Roman von Hans Schulze.

16. Fortsetzung (Nachdruck verboten).

Jetzt rief der Sprecher die fünfte Runde aus.

Der Weiße versetzte seinem Gegner einen Uppercut, daß man im ganzen Hause die Zähne knirschen hörte.

Doch schon hatte sich der Getroffene durch einen gewaltigen Schlag in die linke Flanke gerächt.

Der Berliner wankte, in der nächsten Sekunde war der Schwarze blitzschnell in seine Blockade eingedrungen, und sie rangen Körper an Körper.

Die gewaltigen, muskelbepackten Arme glitten wie stählerne Schienen aneinander auf und ab, die Fäuste mit den großen Boxhandschuhen schwankten wie riesige Kolben in der Luft.

Schon wollte der Schiedsrichter die Kämpfer trennen, als der Neger noch im letzten Augenblick einen Schwinger gegen die rechte Kopfhälfte erhielt, daß ihm der Schädel wie ein Punchingball zwischen den Schultern zu baumeln schien.

Die Galerien brüllten auf.

Eine kaum mehr unterdrückte, raubtierhafte, blutgierige Besessenheit raste wie ein Flugfeuer durch den weiten Raum.

Man stieg auf Tische und Stühle und turnte an den Balustraden in der Luft.

Die Damen um den Ring schrien hysterisch mit verzückten Augen, Taschentücher winkten, ein Blumenregen ergoß sich auf die Estrade.

Dazu budelte vom Dach eintönig und durchdringend unablässig die Blechmusik. — —

Achim erhob sich.

Ein großer Ekel vor dem wüsten Schauspiel quoll plötzlich jäh in ihm auf.

Auch der ehemalige Leutnant war aufgestanden.

„Bleiben Sie doch noch ein paar Minuten, Herr Baron!" bat er. „Der Nigger ist gleich erledigt. Wenn Sie gestatten, begleite ich Sie später noch ein Stück. Ich gehe morgen nach Argentinien und würde gern noch in irgend einer gemütlichen Kneipe von dem alten Europa Abschied feiern!"

Achim ließ sich gehorsam wieder auf seinem Sessel nieder; er fühlte sich noch immer benommen und willenlos, wie eine große Angst kam es auf einmal über ihn, in dieser Großstadtwüste mit sich und seinen Gedanken allein bleiben zu müssen. — —

Im Ring hatte inzwischen der Kampf von neuem begonnen.

Die nassen Männerleiber rannten wieder wütend gegeneinander an, die Planken dröhnten unter ihren gewaltigen Sprüngen.

Es war auf einmal kirchenstill geworden, eine atemlose Spannung hing über dem ungeheuren Menschenmeer.

Das rechte Auge des Negers war jetzt hoch aufgeschwollen und vollständig geschlossen.

Den Kopf tief geduckt wie ein rasender Stier, suchte er den Gegner mit seinen langen Armen in die Nieren, und von hinten in den Nacken zu treffen.

Doch da brach er selbst unter einem krachenden Schlage, der von der Stirn über die Nase herabfegte, jäh vornüber in die Knie.

Die Oberlippe war aufgespalten, das ganze Gesicht schwamm in Blut.

Noch einmal riß er sich gewaltsam in die Höhe und taumelte gegen die nur noch undeutlich wahrgenommene weiße Masse seines Gegners an.

Dann aber traf ihn ein letzter Streich am linken Ohr in den Winkel des Unterkiefers, so daß er wie ein Stück gegen die Seite flog und rücklings überschlagend wie tot auf der Estrade liegen blieb.

Ein wahnsinniger Sturm brauste auf, tosend wie ins Unendliche verhallend. Die entfesselte Masse Mensch stürzte all ihren Beifall über den Einen aus, den Sieger.

Der Schiedsrichter stand über dem Gestürzten, sah ihm in die starren glasigen Augen und zählte mit seiner blechernen Trompetenstimme langsam aus.

Achim drängte zur Tür.

„Ich gehe!" sagte er. „Wir kommen hier sonst nicht mehr heraus!" — —

Draußen auf der Potsdamer Straße herrschte noch ein wildes Leben.

Eine unabsehbare Menge harrte Kopf an Kopf in fieberhafter Erregung auf den Ausgang des Kampfes.

Die Zeitungsverkäufer heulten mit dem Reste ihrer Lungenkraft die Nachtausgaben der großen Blätter aus.

Um die Bogenlampen flimmerte der Großstadtstaub, dick und schwer hing die Luft über der steinernen Enge der Straße.

Mit Mühe kämpften sich die beiden Herren durch eine dunkle Masse bedrohlicher Gestalten bis zum Bürgersteig hindurch und retteten sich in die stillere Bülowstraße.

Dann standen sie eine Weile unschlüssig unter dem Brückenbogen der Untergrundbahnüberführung auf dem Nollendorfplatz.

Der kleine Exleutnant erzählte ununterbrochen von seinen Zukunftsplänen, daß er in Buenos Aires an einer Flugzeugfabrik eine Stellung angenommen habe und schon Tags darauf von Rotterdam aus mit einer holländischen Linie in See gehen würde.

Achim hörte kaum, was er sprach, gleich unsichtbaren Vögeln umflatterten ihn wirre Gedanken, die er vergebens zu halten versuchte, nur in innerster Seele war ihm ein tiefes Verlangen nach Ferne und Einsamkeit.

Und dann weckte ihn auf einmal wieder die Stimme des angehenden Amerikafahrers, der mit seinem schweigsamen Begleiter anscheinend nichts Rechtes anzufangen wußte.

„Herr Baron," sagte er, „hier herum gibt es ja doch keine standesgemäßen Lokale. Hätten Sie aber wohl Lust, mich noch in einen Klub zu begleiten: sehr vornehm, nur erste Gesellschaft, viele Ausländer mit Edelvanna und alter und neuer Reichtum aus dem westlichen Berlin. Wir versammeln uns aus politzeilichen Gründen allnächtlich in einer anderen Privatwohnung. Heute abend zum Beispiel hier ganz in der Nähe, bei einer kleinen Tänzerin, die augenblicklich in Kopenhagen gastiert!"

Achim lächelte.

„Sie werden noch Ihr Reisegeld verspielen!"

Doch schon hatte der Leutnant ein Auto herangewinkt, und sie fuhren über den Lützowplatz.

Vor einem vornehmen Mietshaus am Kaiserin-Augusta-Ufer ließen sie halten.

Die Tür eines Seitenganges tat sich auf ein geheimes Klopfzeichen geräuschlos auf.

Dann gingen sie über einen stillen Gartenhof, in den ein Stück des sternenbestickten Nachthimmels fern hereinfunkelte, und stiegen viele Stufen in dem Schacht eines dunklen Treppenhauses empor.

„Wir spielen in einem Atelier!" bemerkte der Leutnant leise. „Der Gatte der Tänzerin ist Maler!"

— — — — — — — — — — — —

Ganz oben im fünften Stock machten sie endlich Halt.

Ein Mädchen mit einem überwachten Gesicht nahm ihnen in der überfüllten Garderobe die Ueberkleider ab.

Sie durchschritten ein kleines Foyer, grünlich wie eine Meeresgrotte, in dem es nach Sekt und kalten Platten duftete.

Ein sehr eleganter Herr saß im Halbdunkel des Hintergrundes mit einem graziösen, jungen Geschöpf mit lasterhaften Kokainaugen und gepuderten Schultern.

Und dann öffnete sich groß und weit ein phantastisch beleuchteter, mit bizarrstem Luxus eingerichteter, parfümgeschwängerter Raum.

Ein Fries von Greifen lief um den Architrav, im Grunde der Kassettierung glänzten gedämpfte silberne Lichter.

Ueberall auf den fußhohen Persern übertrieben breite Fauteuils und schwere Brokat- und Ledersessel mit weichen, seidenen Daunenkissen.

Ein großes expressionistisches Bild der Dame des Hauses grinste mit wahnsinnigen Gliederverrenkungen zwischen den orangegelben und malvefarbigen Blumen der Tapete.

Der über und über vergoldete Gebetschrein eines Buddhapriesters hing daneben, zur anderen Seite ritt ein indischer Götze, ein knallroter, rundbäuchiger, kleiner Kerl mit einem Elefantenkopf auf einer riesigen, aus Ebenholz geschnitzten schwarzen Ratte.

In aufrichtigem Erstaunen sah Achim in diese exotische Wunderwelt, in die er aus dem nüchternsten Berlin so unvermutet verschlagen worden war.

Ein unendlich dicker Herr in einem grotesk sitzenden Frack trat jetzt mit höflicher Verneigung heran.

Achim wurde einer ungeheuren Glatze mit unverständlichem Murmeln vorgestellt.

Dann schlug sei Begleiter einen Kelim zurück.

Eine gedämpfte Stimme klang fernher wie durch dicke Mauern.

„Was wird für eine neue Bank geboten?"

Sie standen im Schlafzimmer der Tänzerin. — —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0005

* **Die neue 24-Stunden-Zeit** kommt mit dem Sommerfahrplan. Sie macht den Besitz eines Kursbuches noch nötiger als bisher. Sind sie schon einmal 0.00 abgereist oder 24.00 angekommen? Nach dem 15. Mai ist das sehr gut möglich. Es genügt eben nicht, daß man das Zifferblatt der Uhr abändern läßt — gegen alle unliebsamen Zwischenfälle, die die Neuregelung der Zeiteinteilung mit sich bringen kann, schützt nur der Kauf eines Storm-Kursbuches. Es gibt keine besseren, die Stormausgaben sind die verbreitetsten und bekanntesten. Außer der großen Ausgabe für das Reich (Preis RM 4) gibt es für unser Verkehrsgebiet die Teilausgabe für Mitteldeutschland, die 1.50 RM. kostet. Für Reisen nach dem Ausland benutzt man das übersichtliche und zuverlässige Lloyd Kursbuch des internationalen Eisenbahn-, Luft- und Ueberseeverkehrs, das zu Beginn des neuen Sommerfahrplans fertig vorliegen wird und RM. 5 kostet. Die Storm Ausgaben und das Lloyd Kursbuch sind überall — vor allem bei den Bahnhofsbuchhandlungen — noch vor Beginn des neuen Fahrplans zu kaufen.

* **Ablieferung von Leichen für anatomische Zwecke.** Seitens der anatomischen Institute wird nach wie vor über ungenügende Ablieferung von Leichenmaterial geklagt. Das Innenministerium macht darauf aufmerksam, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände bereits nach dem Runderlaß vom 9. Juni 1889 hinsichtlich der Leichen der in Hospitälern und ähnlichen Anstalten Verstorbener und der Leichen Unbekannter nach verständigem Ermessen und unter Berücksichtigung der vorliegenden besonderen Umstände zur Ueberlieferung an die anatomischen Institute befugt sind. Die Ortspolizeibehörden müssen sich dessen bewußt sein, daß die Ueberweisung von Leichenmaterial an die anatomischen Institute für eine erfolgreiche Aerzteausbildung und damit für die Förderung der Volksgesundheitspflege unbedingt notwendig ist. Es hat z. B. auch in solchen Fällen, in denen sich niemand um die Bestattung einer Leiche kümmert, also niemandes Pietät verletzt wird, deren Ablieferung an das anatomische Institut der nächsten Universität zu erfolgen.

— **Gerüstabsturz.** Bei der fieberhaften Eile, mit der die Arbeiten in der Keglersporthalle fertiggestellt werden müssen, ist am Mittwoch eine Bohle des im Innern aufgestellten Malergerüstes durchgebrochen. Anscheinend ist die Belastung zu groß gewesen. Es stürzten drei darauf arbeitende Maler ab. Durch die Geistesgegenwart eines der Abstürzenden ist es ihm gelungen, sich noch im letzten Augenblick an einem Gerüstbrett festzuhalten, während seine Kollegen in die Tiefe sausten. Zwei der Verletzten mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Einer der Malergehilfen konnte jedoch später seine Heimfahrt nach Halberstadt antreten. Sache des Bautenkontrolleurs wäre es, festzustellen, ob der Bohlenbelag des Malergerüstes den Vorschriften des Bauarbeiterschutzgesetzes entsprach.

— **Die Musikhalle abgebrochen.** Dem Fortschritt der Zeit, mußte auch die Musikhalle vor dem städtischen Kurhaus geopfert werden. Der Magistrat hat dieselbe auf Abbruch verkauft. Seit gestern sieht man an der Stätte des ehemaligen Musentempels nur noch einen Haufen Bretter und die Ueberreste der Mauer. Durch diese Beseitigung hat das Kurhaus nur gewonnen.

— **Zusatzrentenempfänger.** Alle kriegsbeschädigten Rentenempfänger werden darauf hingewiesen, daß die Zusatzrenten bereits am Sonnabend, den 14. Mai, in der Zeit von 8—1 Uhr ausgezahlt werden.

— **Schloßlichtspiele.** Ein temperamentvolles Uebersonntagsprogramm bieten die Schloßlichtspiele wieder ihren Besuchern ab heute Freitag bis Montag. „Es blasen die Trompeten". Keine Sammlung von Kasernenhofblüten, sondern ein Stück aus dem Leben. Frei nach den Motiven des Romans gleichen Titels von Paul Oscar Höcker, ist hier ein Manuskript geschaffen, das neben heiteren Episoden aus dem Reitermilieu menschliche Seiten behandelt. Die Hauptperson des Films, der Husarenoffizier, wird von Bruno Kastner verkörpert, die populärsten übrigen Darsteller, wie Anita Dorris, Hans Albers, Ruth Weyher, Erich Kaiser-Titz, Hugo Fischer-Köppe, Sophie Pagay, Fritz Spira, Emil Heyse, Karl Elzer bilden ein Ensemble, das den populären Stoff vollen Erfolg verbürgt. Als zweiter Film wird eine fünfaktige Sensation gezeigt, in dem ein Autorennen vorkommt, wie es noch nie im Film zu sehen gewesen ist. Ferner läuft ein schöner Kulturfilm „Der Kampf mit dem blanken Hans" und die immer schöne Deulig-Wochenschau. Die erste Vorstellung in der Woche beginnt um 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr, die letzte tägliche Abendvorstellung wie üblich 8.30 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Vor dem Einzelrichter.

Eine heikle Frage. Der Kaufmann J. in Ilsenburg wird von der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums" beschuldigt, Justus Heilerde, die nur durch Apotheker verkauft werden soll, auch an Private abgegeben zu haben. Die Verhandlung, zu der Kreisarzt a. D. Krincke als Sachverständiger geladen war, endete mit einem Freispruch des Angeklagten unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Wo gehobelt wird, fallen Späne. Der Gaslieferungsvertrag hatte die Gemüter hier stark beschäftigt. In einer vom Hausbesitzerverein einberufenen Versammlung hatte der Klempnermeister B. außerordentlich schweres Geschütz gegen die Stadtverwaltung, Stadtverordnetenversammlung und besonders gegen das Stadtoberhaupt aufgefahren. Ihm war ebenso scharf geantwortet worden. Herr B. klagte nun wegen der scharfen Zurechtweisung gegen den 1. Bürgermeister. Die Versuche des Richters waren vom Erfolg begleitet — beide Parteien schlossen einen Vergleich, in dem Herr B. anerkennt, daß er den Angeklagten durch sein Auftreten schwer gereizt habe und der Angeklagte erklärt, daß er nur in der Abwehr der Angriffe dem Privatkläger scharf entgegengetreten sei. Der Privatkläger übernimmt die Gerichtskosten in Höhe von 8 Mark, außergerichtliche Kosten sind nicht entstanden. Ob damit die erregten Gemüter sich beruhigen, steht einstweilen noch dahin.

Einen häßlichen Eindruck hinterließ die nächste Sache, Sch. gegen Sch. Familienstreitigkeiten der unschönsten Art bilden die Ursache, daß eine ganze Familie mit mehreren Prozessen das Gericht beschäftigt. Zur Ladung weiterer Zeugen wurde der heutige Termin auf den 2. Juni vertagt.

Aus Ilsenburg.

Ilsenburg, 13. Mai. Ein Aussichtsturm auf dem Blauen Stein.) Der Zweigverein des Harzklubs hat beschlossen, auf dem Blauen Stein einen Aussichtsturm zu errichten. Der Turm dürfte die schöne Aussicht, die man von diesem Berge aus über den Harz und das Vorland hat, wirkungsvoll machen. Man hofft, noch im Laufe dieses Sommers den Turm fertigzustellen.

Aus Halberstadt.

Um eine Ausweiskarte.

Wegen angeblicher Unterschlagung einer Ausweiskarte des Freikorps Schill seligen Angedenkens mußten sich heute vor dem Einzelrichter die Gen. Wille und Matthews verantworten. Vor reichlich 1½ Jahren war der Redaktion diese Karte zugestellt worden, die, wie sich nachher herausstellte, aus einem Fund stammte. Jene Karte war der Anlaß zu einem Artikel, der s. Zt. im Tageblatt erschien, und einige interessante Mitteilungen über das Wirken dieser Rechtsradikalen Vereinigung in die Oeffentlichkeit brachte. Inhaber dieser Ausweiskarte war jener Herr Riesmeyer junior, der anscheinend einen neuen Beruf darin erblickt, als Angeklagter die Gerichtsbank zu zieren, und sich noch wegen allerlei Dinge zu verantworten hat. Herr Riesmeyer hatte Strafantrag gegen Wille und Matthes gestellt, und das Amtsgericht hatte prompt einen Strafbefehl über je 30 ℳ gegen beide erlassen. Dagegen hatten sie richterliche Entscheidung beantragt, über die heute vor dem Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Kühne, verhandelt wurde. Es ergab sich, daß Herr Riesmeyer, der hier ausnahmsweise einmal an seiner neuen Wirkungsstätte als Zeuge auftrat, s. Zt. eine Aktenmappe verloren hat, in der sich auch jene Ausweiskarte befand. Der Fund wurde beim Amtsvorsteher angezeigt, jene Karte aber nahm einer der Finder mit nach Halberstadt zum Gen. Wille, der sie dann der Redaktion zustellte. Diese Karte ist nun verschwunden. Herr Riesmeyer hat sie nicht erhalten. Darum die Anklage und der Prozeß. Während die Redaktion die Karte an den Uebersender zurückgegeben hat, wie durch Zeugen bekräftigt wurde, erklärt der Uebersender, diese Karte nicht erhalten zu haben. Wo sie nun, dieses ominöse Objekt, geblieben ist, ist unbekannt. Jedenfalls steht fest, daß keiner der Beteiligten dieser Angelegenheit irgendwelche Bedeutung beigemessen hat, und daß ebenso jeder durchaus der Meinung sein konnte, daß es sich hier um einen Gegenstand unter dem Werte von 3 ℳ handle, der nach dem Gesetz aus einem Fund nicht anzuzeigen ist. Hinzu kommt, daß die beiden Angeklagten nicht einmal die Finder waren. Schließlich steht aber für jeden Menschen mit Normalverstand fest, daß irgendeine Absicht, diese Karte zu behalten und sich anzueignen, nicht vorlag, daß auch keiner irgendeinen Vorteil für seine Person daraus gewinnen konnte. Das ist aber die gesetzliche Voraussetzung für den Tatbestand einer Unterschlagung. Es war daher ganz abwegig, gegen W und M. eine Anklage wegen Fundunterschlagung zu erheben. Was daher vorauszusehen war, trat ein. Beide Angeklagten wurden freigesprochen, weil ihnen keine Aneignungsabsicht jener wertlosen Karte vorgeworfen werden kann. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zu. Um eine Ausweiskarte also, die einen effektiven Wert von kaum 5 ₰ hat, mußte das Gericht, mit Zeugenapparat, in Tätigkeit treten. Eine ganze Stunde lang um eine Bagatelle.

Reklame

ist die Seele des Geschäfts.
Größten Erfolg haben Ihre Anzeigen in der gut verbreiteten Zeitung im Kreise der

Fernsprecher Nr 2313

Harzer Volksstimme

Nochmals Wohnungsuchende!

Z. N. Die Nachfrage nach Fragebogen von bereits in der Wohnungsliste eingetragenen Wohnungssuchenden ist so gering, daß anzunehmen ist, daß eine große Anzahl bereits eingetragener Wohnungssuchender es offenbar nicht weiß, welche Folgen die Unterlassung der Ausfüllung der Fragebogen nach sich zieht. Es wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß diejenigen, die bereits in der Wohnungsliste stehen, es aber unterlassen die Vordrucke auszufüllen, nicht mit in die neu anzulegende Wohnungsliste übernommen werden können, also ihrer ganzen Wartezeit verlustig gehen. Späterhin eingehende Gesuche um rückwirkende Eintragung mit dem Tage der Vormerkung in der alten Wohnungsliste können nicht berücksichtigt werden. Die Fragebogen sind bis Sonnabend, den 14. d. Mts., im Wohnungsamt, Polizeigebäude, Domplatz 37, Zimmer Nr. 1, erhältlich und müssen bis zum 23. zurückgegeben werden.

* **Vom Zentralverband der Angestellten** wird uns mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß die Gehälter um 8 Prozent (abgerundet auf volle Mark nach oben) erhöht werden.

* **Stadttheater.** Heute Freitag findet die letzte Schauspielaufführung statt, in der Ibsens „Volksfeind" gespielt wird. Sonnabend die letzte Operetten-Aufführung „Die Teresina", mit der die diesjährige Spielzeit schließt.

Z. N. **Das prämiierte Spiegelgedicht.** Von den zu der diesjährigen Spiegelfeier eingereichten Gedichten ist das mit dem Motto: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!", für den Preis auserseh en. Verfasserin ist Frau Käthe Erdmann geb. Lohse, hier. Die Spiegelfeier findet am Montag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der üblichen Weise statt.

Aus Oschersleben.

Schluß der Haushaltsberatung. Die Volkswohlfahrtspflege sieht vor: Einnahme 136 300 ℳ, Ausgabe 216 100 ℳ, Zuschuß 79 800 ℳ. Gen. Bock sprach als Berichterstatter. Der diesjährige Etat sieht 7000 ℳ weniger vor, da die Erwerbslosen herausgenommen sind. Gen. Bock sagte u. a., daß der Magistrat die Wünsche der Stadtverordneten berücksichtigt hat. Unsere Fraktion brachte 3 Anträge ein und zwar 3000 ℳ von Position 7100 zu kürzen. Diese Position, Unterstützung durch Bar, läßt eine große Bewegmöglichkeit im ganzen Titel zu. Dafür soll Position 7520 — Unterbringung von Kindern in Bädern u. Erholungsheimen — um 2000 ℳ auf 6000 ℳ u. ferner Position Spezialärztliche Behandlung, an auswärtigen Krankenhäusern um 1000 ℳ erhöht werden. Stadtv. Pulzfuß (Komm.) beantragt bei Position 7154 Beiträge an Anstalten und Vereine für die „Rote Hilfe" 100 ℳ. Die Besprechung der Anträge ergab, daß sich die bürgerliche Fraktion durch die Stadtv. Schraermeyer und Steinhilber für unsere Anträge aussprach. Beig. Röhrecke hielt unsere Anträge für durchführbar. Sie wurden einstimmig angenommen. Der Antrag Pulzfuß lehnten die Bürgerlichen ab. Gen. Krebs führte aus, daß wir den Antrag unterstützten, wenn alle Parteien in Frage kämen. Er gibt Stadtv. Pulzfuß den Rat, den Antrag daraufhin zu ändern. Beig. Röhrecke spricht dazu. Ein Antrag sei nicht nötig, da die Stadt für die Angehörigen der politischen Gefangenen eintreten müsse. Mittel könnten für die „Rote Hilfe" aus öffentlichen Mitteln nicht bewilligt werden, da sie als gemeinnützig nicht anerkannt ist. Der Antrag wird gegen die 2 Stimmen der kommunistischen Vertreter abgelehnt. Die Finanzverwaltung hat folgendes Bild: Einnahme 499 250, Ausgabe 272 200, Ueberschuß 227 050 ℳ. Als Berichterstatter ist Stadtv. Grauenhorst (B.) tätig. In der Besprechung vermißt Gen. Krebs, daß nicht die schwebenden Schulden in dem Etat mit aufgenommen sind. Dadurch erscheint der ganze Haushaltsplan um ein Beträchtliches niedriger. Finanzrichtig und ordnungsmäßig ist dieses nicht. Beig. Röhrecke erklärt, daß die Ausführungen des Gen. Krebs zutreffen. Man solle doch nicht zu schwarz in die Zukunft gucken. Auch der Schlußsatz findet Annahme. Der Haushaltsplan schließt ab mit einer Einnahme von 1 337 750 ℳ, und mit einer Ausgabe von 1 771 000 ℳ, also müssen aufgebracht werden durch Steuern 433 250 ℳ. Der Magistrat schlägt deshalb folgendes vor: Die Grundvermögensteuer von den bebauten Grundstücken soll ein staatliches Soll 56 500 ℳ dazu 190 v. H. gleich 107 350 ℳ, von den unbebauten Grundstücken ein staatliches Soll 30 800 ℳ dazu 270 v. H. gleich 83 160 ℳ bringen. Die Gewerbesteuer vom Ertrage soll 101 250 ℳ, die Zweigstellensteuer 540 ℳ, die vom Kapital 105 000 ℳ, die Zweigstellensteuer 280 ℳ betragen. Die Hundesteuer bringt bei einem Satz von für den 1. Hund 48 ℳ, für den 2. Hund 64 ℳ, für den 3. Hund und jeden weiteren 76 ℳ, zusammen 21500 ℳ, die Hundesteuermarken 100 ℳ, die Vergnügungssteuer 13 000 ℳ, die Wanderlagersteuer 200 ℳ, die Schankerlaubnissteuer 870 ℳ, zusammen kommen also auf 433 250 ℳ. Stadtv. Koppe (Hausbesitzer) ist hiermit nicht einverstanden. Der bebaute Boden muß die Hälfte seiner Einnahme abführen, während der unbebaute Boden für den Morgen nur 20 ₰ an Steuern abzuführen hat. Er schlägt deshalb vor, daß der bebaute Boden 180 Prozent und der unbebaute Grund und Boden 290 Prozent Steuern zahlen soll. Stadtv. Grauenhorst (B.) bittet, daß die Magistratsvorlage zur Annahme kommt. Der unbebaute Grund und Boden bezahlt nicht 20, sondern 25 ₰ pro Morgen Steuern. Es wird immer gesagt, daß der bebaute Boden der Landwirtschaft nicht besteuert wird. Das ist nicht richtig, denn für diesen muß die Steuerart des unbebauten Bodens gezahlt werden. Stadtv. Grauenhorst sagt dem Hausbesitzervertreter, daß doch die Steuern vom bebauten Grund und Boden die Mieter aufbringen müßten. Unsere Fraktion stellt durch unserem Genossen Krebs den Antrag, daß die Steuer für den bebauten Grundbesitz auf 180 Prozent herabgesetzt wird. Es geht nicht an, daß man den bebauten Boden zu sehr belastet. Stadtv. Steinhilber (B.) hält ein ausführliches Referat über die einzelnen Steuerarten. Die Gewerbesteuern sind für das Gewerbe nicht für die Dauer tragbar. Er stimmt aber den Steuersätzen zu, weil er die Interessen der Allgemeinheit über die eigenen stellt. Nachdem noch die Stadtv. Koppe, Dr. Ritter und Grauenhorst gesprochen hatten, fand die Sitzung eine kurze Unterbrechung, damit die bürgerliche Fraktion Stellung zu unserem Antrage nehmen konnte. Unsere Fraktion brachte inzwischen den Antrag ein, den Fehlbetrag dadurch zu decken, daß der unbebaute Grund und Boden 290 Proz. zahlen soll. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Stadtverordneter Schalow (B.), daß bei den Sätzen des Magistrats geblieben wird. Im Steuerausschuß seien die Steuern einstimmig bewilligt und es seien dort alle Parteien vertreten. Aus agitatorischen Gründen nach außen hin, hätten wir nur den Antrag gestellt. Genosse Bock erwidert diesem, daß man doch wisse, wie manchmal Beschlüsse zustande kommen, besonders wenn die Sitzungen lange gedauert haben und man zu einem Resultat kommen will. Wenn wir den Antrag gebracht haben, so wollten wir dem kleinen Hausbesitzer helfen. Agitation kommt nicht in Frage, da wir diese Art Anträge bereits vor Jahren gestellt haben, wo eine Wahl noch nicht in Aussicht stand. Darauf wurde unser Antrag mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Magistratsvorlage betr. Steuern wurde mit denselben Stimmen angenommen. Die Abstimmung über den ordentlichen Haushaltsplan ergab Annahme mit 17 gegen 2 Stimmen. Zum außerordentlichen Haushaltsplan ist zu sagen, daß dieser einstimmig angenommen wurde. Einnahme und Ausgabe schließen ab mit 525 000 ℳ, wovon 305 000 durch Anleihe aufgebracht werden. Den Bericht hierüber gab Stadtv. Lampe (B.) Interessant sind die Ausführungen des Stadtv. Lampe in der Aussprache, daß er und noch mehrere bürgerliche Stadtväter unsere städtischen Werke nicht kennen. Er bittet um Besichtigung. Diese wird vom Beigeordneten Röhrecke zugesagt. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine nichtöffentliche an. —

— (Die Arbeiterradfahrer) unseres Bezirkes begehen am 14. und 15. d. Mts. im Stadtpark ihr Bezirksfest. Das Programm ist so gehalten, daß jeder etwas für seinen Geschmack findet.

Aus Schwanebeck.

— (Der Entwurf des städt. Haushaltsplans für 1927) liegt bis einschließlich 16. d. Mts. im Rathaus, Zimmer 6 während der Vormittags-Dienststunden zur Einsicht aus.

— (Offenhaltung der Badeanstalt) für 1927.) Am Wochentagen: Nachmittags von 12—1 Uhr Familienbad (nur für Verheiratete), 1—½3 Uhr für Mädchen, ½3—4 Uhr für Damen, 4—6 Uhr für Knaben, 6—8 Uhr für Herren. An Sonntagen: Vormittags von 8—12 Uhr für Herren. Nachmittags von 12—1 Uhr Familienbad (Verheiratete), von 5—8 Uhr für Herren. Freigehalten wird die Badeanstalt: Montags, Dienstags, Mittwochs und Donnerstags abends von 8—10 Uhr, sowie Sonntags nachmittags von 1—5 Uhr für den Schwimmklub, Freitags abends von 8—10 Uhr für den Männerverein, Sonnabend abends von 8—10 Uhr für den Arbeiter-Turnverein. Sonnabend Nachmittags von 2—4 Uhr ist Freibad für arme Kinder und zwar von 2—3 für Mädchen, 3—4 für Knaben. Badezeit der Schulkinder ist Donnerstags vormittags von 10—12 Uhr und Sonnabends vormittags von 11—12 Uhr.

Aus Quedlinburg.

— (1. Harzer Funkausstellung.) Mit größtem Eifer werden seitens der Ausstellungsleitung unter tatkräftiger Mitwirkung der Mitglieder die letzten Vorbereitungen zu der vom 14. bis 16. Mai in den Räumen des „Kaiserhof" hierselbst stattfindenden Funkausstellung des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands e. V. getroffen. Für die auf dem am Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, festgesetzten Festball vorgesehene Verlosung sind außer den bisher veröffentlichten Spendern folgende Firmen nachzutragen: Uhrmacher K. Vogel, Uhrmacher, G. Malchert, Lederwarenfabrik Fr. Weber, Kaufmann M. Rath, Konjum- und Spargenossenschaft, Porzellanwarengeschäfte J. Klee und C. Haacke u. Sohn, Kaufmann M. Cohn, Buchhändler E. Gebecke, Installationsgeschäft K. Tasche, Kaufmann P. Zeibig, Konfektionsgeschäft H. Breyer und Bürstenfabrik F. Göbel. Auch diesen Spendern sei an dieser Stelle für die zur Verfügung gestellten Gegenstände herzlich gedankt. Durch Entgegenkommen der Verwaltung der städtischen Werke sind sämtliche Verlosungsgegenstände im Schaufenster des Stadtgeschäftes ausgestellt. Für die hervorragende Dekoration des Schaufensters hat sich in dankenswerter Weise Herr Robert Körner, Wallstraße 4 zur Verfügung gestellt. Etwaige die Funkausstellung betreffende Anfragen usw. sind an unsere Geschäftsstelle, Konvent 7, zu richten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0006

— (Grundvermögenssteuer.) Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Schonfrist für die Entrichtung der Grundvermögens- und der Hauszinssteuer vom 1. Dezember 1926 an weggefallen ist und daß bei verspäteter Zahlung die gesetzlichen Verzugszuschläge zu entrichten sind. Auch weisen wir darauf hin, daß im Falle der Mahnung und Zwangsvollstreckung weitere Kosten entstehen.

— (Das Betreten der Feldfluren) außerhalb der öffentlichen Kommunikationswege ist in den Monaten Mai, Juni, Juli, August in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit — spätestens von 9 Uhr abends an — bis zum Tagesanbruch, frühestens 4 Uhr morgens, und in den übrigen Monaten spätestens von 8 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 5 Uhr morgens, verboten. Ausnahmen sind nur zulässig mit besonderer schriftlicher Erlaubnis der Gemeindebehörden. Uebertretungen werden bestraft.

— (Straßensperrung.) Infolge Pflasterung der Straßenkreuzung Oeringerstraße—Oeringerbrücke werden die Oeringerbrücke, die Amelungstraße und der Ditfurterweg von der Linden- bis zur Oeringerstraße für den gesamten Kraftfahrzeug- und Fuhrwerksverkehr für die Zeit vom 13. bis 16. 5. 1927 gesperrt. Die Umgehung erfolgt über die Linden-, Weyhe-, Kleers-, Adelhaidstraße, Bahnhofsbrücke, Rathenaustraße.

Kreis Quedlinburg.

Bad Suderode, 11. Mai. (Gemeindevertretersitzung.) Folgende Punkte stehen zur Beratung: 1. Genehmigung des Haushaltsplans für 1927; 2. Festsetzung der Steuerzuschläge für 1927; 3. Antrag der Gewerbetreibenden auf Niederschlagung der nachveranlagten Gewerbesteuern für 1925—26; 4. Ergänzungswahl eines Mitgliedes der Baukommission; 5. Verlängerung des Hochbords in der Ellernstraße; 6. Verschiedenes. Zum ersten Punkt sprachen die Gen. Hohmann, Rieling und Weise und zwar gegen die ungesetzliche (aber im Orte traditionelle) Wächtersteuer. Es muß diese Steuer jeder Haushaltungsvorstand in der Höhe von 4 RM. bezahlen, ganz gleich, ob er ein Fabrikbesitzer oder eine alte Witwe, die nur von Sozialrente lebt, ist. Der Gemeindevorsteher pflichtete dem bürgerlichen Schöffen Pohle bei, indem der letztere betonte, diese Steuer könnte erlassen werden, wenn die Gemeinde einmal das große Los gewänne. Gen. Rieling stellte den Antrag, die Steuer zu streichen und dafür die Gewerbesteuer um 100 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Etat wurde dann angenommen. Zum 2. Punkt wurden folgende Zuschläge angenommen: Für bebaute und unbebaute Grundstücke 250 Prozent und für die Gewerbesteuer wurde der alte Satz von 400 Prozent beibehalten. Der 3. Punkt wurde abgelehnt. Der 4. Punkt ergab einstimmige Wahl des Gen. Rieling. Punkt 5 wurde auf Antrag zurückgestellt, bis ein Kostenanschlag Klarheit bringt. Zu Punkt 6 wünscht Gen. Weise, der Witwe Heinemann die zuviel gezahlte Wächtersteuer zurückzuerstatten. Dies soll auf Antrag auch geschehen. Anschließend fand eine geheime Sitzung statt.

Aus Thale.

— (Rentenzahlung.) Am Montag, den 16. Mai, an Sozialrentner von 8—10 Uhr, an Kapitalrentner von 1/2 11—12 Uhr. Am Dienstag, den 17. Mai, die Zusatzrente von 11—1 Uhr in der Stadthauptkasse Thale a. Harz.

— (SPD.) Unsere heute Freitag, den 13. Mai, fällige Monatsversammlung fällt wegen der am Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. Mai, stattfindenden Turn-Vereinsveranstaltungen aus. Unsre Genossinnen werden gebeten, sich an der am Sonnabend und Sonntag stattfindenden Veranstaltungen des Turnvereins zu beteiligen, auch die Straßen und Häuser zu schmücken. —

— (Zur Besichtigung der Turnhalle) müssen wir noch ergänzend mitteilen, daß auch Herr Stadtrat Peters und Herr Stadtverordneter Reckleben an der Besichtigung teilnahmen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Blankenburg, 13. Mai. (Ein Mann wird vermißt.) Aus einem hiesigen Erholungsheim hat sich am 9. Mai 1927 vormittags der Handlungsgehilfe Clemens Lorenz heimlich entfernt und ist bislang nicht zurückgekehrt. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß L. sich ein Leid angetan hat, oder umherirrt. L. ist 60 Jahre alt, 1.65 Meter groß, untersetzt, hat graumeliertes Haar und Glatze, graumelierten kurz geschnittenen Schnurrbart und frisches rundes volles Gesicht, er hat schleppenden Gang. Bekleidet ist L. mit dunkelgrünem karierten Anzug, im linken Knopfloch ein weiß-grünes Verdienstabzeichen (Sachsen), schwarze Schnürschuhe, dunkler Hut mit grünem Band, Trauring auf der rechten Hand. — Sachdienliche Mitteilungen werden an die hiesige Stadtpolizeibehörde oder an das nächste Landjägernebenamt erbeten.

Bad Schmiedeberg, 13. Mai. (Eine Holzwollfabrik abgebrannt.) In der Blötnerschen Holzwollfabrik brach aus bisher noch nicht geklärter Ursache ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit auf das gesamte Gebäude übergriff. In den leicht brennbaren Materialien fanden die Flammen reiche Nahrung, sodaß die Fabrik völlig ausbrannte. Der Schaden ist sehr groß.

Herzberg, 13. Mai. (Schon wieder ein Güterzug-Zusammenstoß.) Auf dem Hauptbahnhofe Herzberg a. H. ereignete sich ein schwerer Güterzug-Zusammenstoß. Ein aus der Richtung Nordhausen kommender Güterzug fuhr dem auf dem Bahnhof haltenden, kurz vorher von Northeim eingefahrenen Güterzug infolge falscher Weichenstellung in die Flanke. Hierbei wurde die Maschine des Nordhäuser Güterzuges schwer beschädigt, während ein großer Güterwagen auf einen mit Gips beladenen Wagen glatt auffuhr. Dabei wurde eine Anzahl anderer Wagen zertrümmert und stark beschädigt. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen.

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr Rind- und Schweinefleisch.

Die Erd- und Maurerarbeiten zum Bau von 2 Wohnhäusern des städt. Sommerbades sollen in Losen öffentlich vergeben werden. Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis
Dienstag, den 17. Mai 1927, vorm. 9 Uhr
dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen, woselbst vorher die Verdingungsunterlagen eingesehen und gegen Erstattung der Unkosten entnommen werden können.
Das Stadtbauamt.

Impfe alle Mittwoch im Mai
während der Sprechstunde, vorm. 9—10, nachmittags 2 1/2—4 Uhr.
Dr. Faber, Schmiedestraße 33/34.

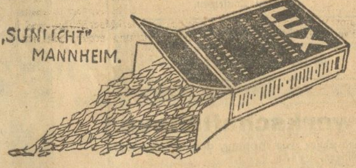
Dulmin-Enthaarungscreme
in Tuben zu Mk. 1.25 und Mk. 2.00
Als sicher wirkendes und unschädliches Enthaarungsmittel empfehle ich dieses altbewährte Präparat
Parfümerie C. Midy
Breiteweg 60 Fernspr. 1927

Futter-Kartoffeln
verkauft solange Vorrat reicht
Friedrich Liesicke, Gröperstr. 72.
Telephon 1232.

Wollen Sie gut und billig kaufen
Müssen Sie nur zu Bluhm hinlaufen
Am heutigen Tage eröffne ich im Hause des Herrn Fleischermeisters Sietz, hier, Dominikanerstraße 22 ein
Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidungsgeschäft
in Qualitätswaren zu sehr billigen Preisen.
Ich bitte das geehrte Publikum von Halberstadt und Umgegend mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
S. Bluhm
Dominikanerstr. 22 Dominikanerstr. 22

Eine vorzügliche Delikatesse ist unser hochfeiner
Sahneschicht-Käse!
Hergest. unt. Verwendung allerfeinst. Schlagsahne
Stück 40 Pfg.
Zu haben in unseren sämtlichen Verkaufsstellen und an unseren Verkaufswagen.
Halberstädter Molkerei A.-G.

Reellste und billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern, wie von der Gans ger. m. v. Daunen, dopp. ger. Pfd. 2.50 Mk., bessere 3 Mk., sehr zarte 3.50 Mk., kl. Fed. Halbd. 5 Mk., f. zarte 6 Mk. Edel 3/4-Daun. 6.50, la 7.50 Mk. Ger. ger. Fed. m. Daunen 4 u. 5 Mk., hochpr. 5.75 Mk., la 6.25, allerf. 7.25 u. 8.25 Mk. la Volld. 8.75 u. 10 Mk. Für reelle, staubfreie Ware Garantie. Vers. geg. Nachnahme ab 5 Pfd. portofr. u. nehme was n. gefällt auf meine Kosten zurück.
Rudolf Gielisch,
Neutrebbin 105 Oderbr.
Gänsemästerei.

Es gibt einen sichern Weg, kunstseidene Sachen schonend zu waschen:
LUX SEIFENFLOCKEN für feine Wäsche
„SUNLICHT" MANNHEIM.


Merz'sche Salbe gegen Flechten
Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke.

Maurer-Arbeiten
werden billig ausgeführt
Robert Huch, Rosenwinkel 2

Drucksachen jeder Art liefert sauber und preiswert Halberstädter Tageblatt

1/5 Anzahlung
Ein Fünftel Anzahlung
Der Mann Die Frau Das Kind
20—24 Wochen- oder 5—6 Monats-Raten
kleiden sich am besten und billigsten zu zeitgemäßen Zahlungsbedingungen **nur bei uns!**
Größte Auswahl in:
Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben
Bett- und Leibwäsche, Gardinen usw.
Neu eingeführt:
Kinder-Kleider
Als Spezialität ab 1. Mai 1927:
HERREN-KREDIT-MASS-ABTEILUNG
In dieser Abteilung kommen nur die besten und modernsten Stoffe sowie Zutaten bei sehr billiger Preisstellung zur Verwendung. — Zur besonderen Beachtung der Herren Beamten.
Berliner Kredithaus
Ausweis erforderlich
Sollan & Co.
Holzmarkt 22
Kredit nach auswärts!
20—24 Wochen- oder 5—6 Monatsraten
Besichtigung ohne Kaufzwang

Aus Wernigerode

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.
Ortsgruppe Wernigerode.
Unsere
Monats-Versammlung
findet am
Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr
im „Monopol" (Speisesaal) statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Teilnahme eines jeden unserer Mitglieder ist bei der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Schloß-Lichtspiele
Freitag bis Montag
Wochentag 6 Uhr — Täglich letzte Vorstell. 1/2 9 Uhr — Sonntag 5 Uhr
Wieder bringen wir ein großes Programm:
Es blasen die Trompeten ....
6 Akte von bunt. Röcken u. von d. Liebe
Frei nach dem gleichnamigen Roman von Paul Oscar Höcker.
Der Rekord
Die große Auto-Sport-Sensation in 5 Akten
Der Kampf mit dem blanken Hans
Deulig-Welt-Wochenschau

Nicht in Sonder-Angeboten sondern fortwährend
erhalten Sie Qualitäts-Emaille jeder Art zu billigsten Preisen

z. B. Schmortöpfe	16	18	20	22	24	26 cm
	95	1.10	1.30	1.55	1.85	2.15 Mk.

Prüfen Sie selbst Preise und Qualitäten
Richard Rößler, Breitestraße 29

Schlafzimmer
Küchen, einzelne Bettstellen in Holz u. Metall, Federbetten, Sofas, Chaiselongues, Patent- und Auflege-Matratzen bei 1/3 Anzahlung und bequemen Teilzahlungen
nur im
Bettenhaus Otto
N., Kaiserstraße 62.

Zickelfelle
kauft zu den höchsten Preisen
Gerlach,
Hinterstr. 40.

Freibank
Sonnabend von 9—1 Uhr:
1 gr. Posten Fleisch

Monopol! Morgen verhindert!

Frisch geschlachtetes
Roßfleisch
Sauerfleisch
warme Wurst
empfiehlt Ernst Gothe, Grünestraße 1.

Frischgeschlachtetes
prima Roßfleisch
sowie sämtliche Sorten Wurst
Kurt Kampkenkel
Roßschlachterei,
Steingrube 3.
Kaufe ständig Schlachtepferde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619192705 14-10/fragment/page=0007

Konsum-u. Spargenossenschaft für Halberstadt und Umg.

e. G. m. b. H.

25 Jahre Genossenschaft

★

Am Sonnabend, den 14. Mai 1927, abends 8 Uhr feiern wir im „Odeum“ unser

25jähr. Bestehen

durch

Ansprachen, Konzert und anschl. Tanz

Unsere Mitglieder sind hiezu freundlichst eingeladen. Die Frauen erhalten eine Kostprobe unserer Eigenproduktion. Für die Kinder werden wir später ein Sommerfest veranstalten. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. — Programme sind in den Verkaufsstellen zu haben.

Die Verwaltung.

Verkaufe Freitag und Sonnabend

fettes Schmorfleisch

Gebacktes, Rouladen. Alle Sorten Wurst und ausgelassenes Schmalz.

Rossschlächterei

Wilhelm Bierstedt,

Thale am Harz.

Uhren

von 4.— RM. an. Ketten, Ringe sowie andere Geschenke in Gold und Silber zu billig. Preisen.

Reparaturen

an Uhren aller Art. Sprechapparaten, schnell, gut und billig. Federn

zu Sprechapparaten mit Einletzen von Mk. 3.— an.

J. Gallai,

Uhrmacher und Juwelier, Küblingerstraße 35.

Gardinen

werden sauber gespannt Grundberg 10.

Streichfertige

Oel- und Lackfarben

für jeden Zweck.

F. C. Günther, Drogerie

WERBETAGE

Um mich weiter einzuführen, gewähre ich trotz meiner niedrigen Preise

bis zum 5. Juni

auf sämtliche Waren

10 Prozent Rabatt

Auch berücksichtige ich die gegenwärtige schwere Wirtschaftslage und gebe an Kreditwürdige Kunden Waren ohne Aufschlag auf diskrete

Teilzahlung

Die Besichtigung meines großen

Waren-Lagers

ohne Kaufzwang ist gern gestattet. Käufern aus der Umgebung werden Reisespesen vergütet

Ich führe: **Damen-Mäntel**

Anzüge - Ulster - Gummi-Mäntel

für Damen und Herren - Windjacken, Hosen, Berufs- und Kinder-Kleidung

Brecher

Hoheweg 14, Ecke Lichtengraben

Besonders bequem für Beamte

Günstig für Wiederverkäufer

Kauft nur bei unseren Inserenten!

May's Kragen

mit feinem Wäschestoff

die ideale Herrenwäsche

Dutzend in Schachteln von Mk. 1.90—2.60 je nach Form

Heinrich May

Hoheweg 30/32.

Ia Gummi-Badehauben

in groß. Auswahl billigst

August Knopf, Breiteweg 256/7.

Hühneraugenpflaster

auf grünem Samt.

Hühneraugencellot

Rats-Apotheke.

Gebr. Kinderwagen

moderner Kastenwagen, silbergrau, gut erhalten, preiswert zu verkaufen Lagarettstr. 47, 3 Tr. l.

Guterh. Kinderwagen

zu verkaufen Düsternbrook 3 II.

Chinosol

Wunden

aller Art, Schnitt-, Schärf- und Brandwunden, behandeln Sie am zweckmäßigsten mit Chinosol. Es wirkt blutstillend, schmerzlindernd, macht die Wunde schnell trocken und heilt sie überraschend schnell. Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien Prospekt mit Anwendungsvorschriften. Versuchspackung nur 60 Pf.

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien:

Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in Halberstadt: Rats-Apotheke, Kronen-Apotheke Hof-Apotheke, Apotheke am Breiten Weg, Kaiser-Apotheke, Johannes-Apotheke, Drog. Fritz Böache, Hohenzollern-Drogerie, Spiegelstr. 59, Drogerie Otto Henicke, Drogerie Kamm, Markt-Drogerie, Drogerie Carl Schilling, Engel-Drog. C. Weißenborn Nachflg., Breiteweg 46 u. Gröperstraße 26.

Gesang-Verein „Sängerbund“ Halberstadt

Gegr. 1885 Gemeinn. Verein

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

Leitung: August Döll

Am **Montag, den 16. Mai 1927,** abends 8 Uhr, findet bei gutem Wetter im Garten des Restaurants „Spiegelsberge“ unter freundlicher Mitwirkung des **Halberstädter Mandolinenklub 1912** der erste

Lieder-Abend

statt. Zum Vortrag gelangen Männer-, Frauen- und gemischte Chöre von verschiedenen Tonsetzern.

Vortragsfolgen zum Preise von 20 Pfg., welche zum Eintritt berechtigen, sind nur an der Abendkasse zu haben.

Spirituosen in bekannt nur erstkl. Qualität!

Nordhäuser, 35 % . . das Ltr. Mk. 2.40

Kornbranntwein, weiß, 35 % das Ltr. Mk. 2.60

(nur aus Roggen und Malz gebrannt).

Weinbrand-Verschnitt, 38-40 % das Ltr. Mk. 3.00

Weinbrand, 38-40 %, d. Liter Mk. 3.50 4.00 4.50

Jam.-Rum-Verschnitt, 40-45 %, Liter Mark 3.50 4.00 4.50

Batavia-Arr.-Versch. 40-45 %, Ltr. M. 4.00 4.50

Weinhandl. H. A. Leßmann

Westendorf 46 Halberstadt Fernruf 1867

Strick-Jacken

mit Wollpelz

Pullover und Strickwesten

für Damen, Herren und Kinder kaufen Sie bei mir in großer Auswahl und besten Qualitäten

sehr billig!

O. Hager, Paulsplan 2

(Kein Laden)

Achtung! Züchter u. Liebhaber!

Kaltwasserfische: Einheimische — Ueberlee, Schleierschwänze. Ansicht jederzeit gern gestattet.

Warmwasserfische ständig circa 20 Arten vorrätig.

Aquarien, sämtliches Zubehör. Vogelfutter. Terrarientiere: Schildkröten, Schlangen, Eidechsen usw. — Landbrücke nebst Häuschen, äußerst billig.

Saatbohnen, Gurkenkerne, Sämereien.

Voigtei 43 pt. (kein Laden).

Gewerkschaftshaus.

Beabsichtige von Montag, den 16. Mai 1927 einen billigen, guten

Mittagstisch

einzurichten zum Preise von 70 Pfennig. Es bittet um Voranmeldung **G. Bollmann.**

Bandonion-Musikverein „Eintracht“

Mitglied des Deutschen Konzertina- und Bandonion-Bundes e. V.

Leitung: **Otto Nathow.**

Sonnabend, den 14. Mai 1927, abends 8 Uhr

findet in den oberen Sälen des „Kaiserhof“, Domplatz, unser diesjähriges

Mai-Vergnügen

statt. Freunde u. Gönner unserer Volksmusik durch Mitglieder eingeladen sind herzlichst willkommen.

Der Vorstand.

NAVERMA G MBH HAUS

Wir bitten zu beachten:

Nicht der Preis, sondern die Qualität entscheidet, ob eine Ware preiswert ist!

Bei uns kaufen Sie stets Qualitätswaren!

Allerf. amer. Schmalz 1 Pfd. nur 70 Pf.
Hochf. Bratenschmalz 1 Pfd. nur 79 Pf.
Elbin-Kokosfett 1 Pfd.-Tafel nur 59 Pf.
Allerhochf. Molkereibutter, sehr preisw.
Blitz-Margarine . . . 1 Pfd. nur 53 Pf.
Edelfoh-Margarine feinste . . . . 1 Pfd. nur 110 Pf.
Chamer Käse, halbfett ½ Pfd. nur 19 Pf.
Allgäuer Limburger ½ Pfd. nur 35 Pf.
Limburger Art-Stangen ½ Pfd. n. 28 Pf.
Emmenthaler Schachtelkäse, ganz und geteilt
Büchsenfleisch allerf. ½ Pfd. nur 24 Pf.
Oelsardinen, hell. Oel Dose nur 40, 50, 55 Pf.
Sauerkohl, vorzüglich 1 Pfd. nur 10 Pf.
Gelbe Viktoriaerbsen 1 Pfd. nur 38 26 Pf.
Grüne Erbsen, ganzkoch. 1 Pfd. nur 32 Pf.
Geschälte Erbsen, gankt. 1 Pfd. n. 48, 35 Pf.
Weiße Bohnen, gankt. 1 Pfd. n. 26, 18, 15 Pf.

Naverma-Haus

Großhandels-G. m. b. H.

Betten? Möbel?

kauft direkt im Fabriklager, wer viel Geld sparen will!

Metallbetten weiß und schwarz, mit gutem Zugfederboden von **19.00** an

Holzbetten in Eiche, Birke, Nußbaum, weiß lackiert von **25.00** an

Kinderbetten, Holz und Metall . . . . von **19.00** Mk. an
Auflagematratzen von **13.00** Mk. an
Stahldrahtmatratzen v. **12.00** Mk. an
jedes Maß wird angefertigt.
Chaiselongues . von **35.00** Mk. an
Sofas . . . . . von **75.00** Mk. an
Plüsch-Sofas . . von **125.00** Mk. an
Federbetten (7 Pfd. Fd.) v. **27.00** Mk. an
Reformunterbetten v. **18.00** Mk. an
Schränke, 2türig . von **65.00** Mk. an
Küchen, 7teil., Kief. lack. v. **110.00** Mk. an
Wäscheschränke, Waschkommod. Nachtschränke, Tische, Stühle alles sehr billig.

Bequeme Teilzahlung!

10 % Rabatt bei Barzahlung!

Möbel-Fabriklager:

Gustav Behrens, Halberstadt

Hoheweg 47

Die Herstellung von Seifenflocken ist kein Geheimnis, es kommt nur auf die Güte der verwendeten Rohmaterialien an. — Wozu wollen Sie die teuren Reklamekosten mit bezahlen? Sie können 15 Pfg. v. Karton sparen, wenn Sie die hauchdünnen, erstklassigen

Wehrmann-Seifenflocken

verwenden. — Der Karton kostet nur 35 Pfg.

In vielen Geschäften zu haben.

Gebrüder Gaih, Seifenfabrik

Schmiedestraße

Achtung! Achtung!

Radfahrer!

Empfehle zur Saison **erstklassige**

„Frisch Auf“-Fahrräder

in allen Preislagen und Zahlungserleichterung.

Ersatzteile, prima Bereifungen, Laternen, Emaillierungen sowie Vernickelungen aller Fahrräder von 25 Mk. an. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt unter billiger Berechnung

Otto Müller, Beckerstr. 3.

Groß-Brauerei sucht in Halberstadt

Stallung, Bier- u. Eiskeller

zur Errichtung einer Bier-Niederlage eventl. auch selbständ. Biergroßhändler

Offerten unter J 105 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Drucksachen für Handel, und Gewerbe, Vereine Behörden u. jeden anderen Bedarf liefert billigst die Buchdruckerei des „Halberstädter Tageblatt“.

Will Einhalt tun man dem Verfall, So muß man streichen überall.

Oele, Lacke, Farben

und alle Bedarfsartikel

für Lackierungen und Anstriche

fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Sedanstr. 69. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611.

Schablonen, Bohnerwachs, Rostschutzfarben, Ofenlack, Fußbodenlackfarbe, Japan-Emaille.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 112. Sonnabend, 14. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Jugendwohlfahrtsfragen.

Der zweite Tag der vom Ausschuß für kommunale Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt nach Dessau einberufenen Fürsorgetagung befaßte sich vorzugsweise mit Fragen der Jugendfürsorge. Bürgermeister Paul-Magdeburg eröffnete die Verhandlungen mit begrüßenden Worten.

Es spricht zunächst Oberregierungsrat v. Treskow-Magdeburg über das neue Gesetz zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Es soll erst am 1. Oktober 1927 in Kraft treten.

Die Ausführungsbestimmungen der obersten Landesbehörden, welche die praktische Durchführung des Gesetzes, die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden regeln und den Willen des Gesetzgebers in die Tat umsetzen sollen, sind noch nicht ergangen. In dieser Uebergangszeit ist es schwierig, neben der Erläuterung des Gesetzes auch Richtlinien für die praktische Anwendung zu geben.

Das wesentliche Merkmal des neuen Gesetzes ist die starke Betonung des hygienischen Gesichtspunktes, demgegenüber die ethischen, moralischen und religiösen Gedanken vergangener Zeiten in den Hintergrund gerückt sind. Die Hauptarbeit bei der Durchführung des Gesetzes ist demgemäß auch von den Gesundheitsbehörden zu leisten. Den Beamten der Ordnungs- und Wohlfahrtspolizei ist nur eine unterstützende und ergänzende Tätigkeit zugewiesen, sie ist aus der vordersten Reihe gewissermaßen in die zweite Linie gerückt worden. Immerhin bleibt der Kriminalpolizei eine noch große Reihe von schwierigen Aufgaben, da die vorsätzliche oder fahrlässige Uebertragung der Krankheit ein Vergehen ist, das allerdings nur auf Antrag verfolgt wird. Die Sittenpolizei wird ihre schwierigste und undankbarste Aufgabe, die sogen. Sittenkontrolle, mit dem 1. Oktober gänzlich einstellen. Die Entlassung von weiblichen Personen aus der Kontrolle und ihre Ueberführung an die soziale Fürsorge ist gleichfalls bereits eingeleitet. Das Verbot der Bordellbetriebe bedeutet eine weitere Befreiung aus staatlichen Zwangsbestimmungen, aber auch eine Verringerung der polizeilichen und medizinischen Überwachungsmöglichkeiten und daher auch eine Vermehrung der Gefahren der Verbreitung und Ansteckung der Krankheiten.

Sozialhygiene und Jugendschutz sind die Leitgedanken des neuen Gesetzes, dessen praktische Durchführung den beteiligten Behörden erhebliche Kosten und Schwierigkeiten bereiten wird. Für die Polizeibehörden liegt neben der strafverfolgenden und unterstützenden Tätigkeit die Hauptaufgabe in einer vorbeugenden Tätigkeit, um verwahrloste Jugendliche und erstmalig aufgegriffene Mädchen und Frauen in einem möglichst frühen Zeitpunkt der moralischen Verwahrlosung, sexueller Krankheit und sittlicher Gefährdung bereits der Fürsorge zuzuleiten. Ebensowenig wie Geschlechtskrankheiten medizinisch durch rein äußerliche Behandlung zu heilen sind, kann durch die rein behördlichen Maßnahmen äußeren Zwanges die Unsittlichkeit bekämpft und ausgerottet werden. Die schwere Arbeit der Behörden muß von innen heraus aus allen Kreisen der Bevölkerung unterstützt werden. Durch entsprechende Erziehung und Aufklärung der heranwachsenden Jugend in Schule und Haus, durch soziale Fürsorge und Berufsberatung, durch ärztliche Beratung und ambulante Behandlungsstellen, durch praktische Bekämpfung der Wohnungsnot der Großstädte, durch Turnen, Spielen und Sport, durch tausend kleine Mittel unermüdlicher Kleinarbeit muß eine innere Umstellung, eine innere Gesundung und dadurch eine innere Heilung von alten Vorurteilen und Hemmungen längst überlebten Methoden als neues Etikett auf alten Wein in alten Schläuchen angewandt werden, sondern muß im neuen Geist unserer sozial eingestellten Zeit in weiteifernder Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen ausgelegt und ausgeführt werden.

In der Aussprache meint Bürgermeister Kiecis-Aschersleben, daß das Gesetz als ganzes einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen bedeutet. Immerhin wird zu sehr die Betonung auf die polizeilichen Maßnahmen gelegt, es fehlt noch zu sehr die positive Arbeit der Heilbehandlung. Redner weist auf die Einrichtungen der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hin, die in ihrem Bezirk ungefähr 10 Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingerichtet hat, deren Benutzung vollkommen unentgeltlich ist. In geeigneten Fällen übernimmt die Landesversicherungsanstalt auch Heilverfahren.

Die Errichtung von Pflegeämtern

behandelt Fräulein Proffen, Leiterin der Bezirks-Familien-Fürsorge in Magdeburg. Sie berichtet besonders über die Einrichtungen solcher Aemter, soweit diese schon bestehen. Diese haben in der Hauptsache weibliche Angestellte. Ihre Hauptarbeit besteht in pflegerischen Maßnahmen. Besonders soll den gefährdeten Mädchen ein Halt gegeben werden. Wen nötig, werden sie der Heilbehandlung zugeführt. Unter Umständen kommt auch die Unterbringung in ein Schutzheim in Frage. Sache des Pflegeamtes ist es, die gefährdeten Mädchen wieder einem geordneten Lebenswandel zuzuführen. Bei Gerichtsverhandlungen, in denen es sich um Fragen des Lebenswandels gewisser Mädchen handelt, wird das Pflegeamt als Begutachterin gehört. Der Schutzaufsicht des Pflegeamtes unterstehen auch wegen Sittlichkeitsvergehen Bestrafte, denen Bewährungsfrist bewilligt ist. Auch hat das Amt fürsorgerische Betreuung geschlechtskranker Frauen auszuüben. Dazu ist in Magdeburg ein besonderes Institut eingerichtet worden. Diese Fürsorge wird erst notwendig durch das neue Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Ueber die **Ermächtigung von Mitgliedern und Beamten der Jugendämter zur Vornahme von Beurkundungen** führte Stadtamtmann Müller-Berlin, folgendes aus:

Die sehr häufigen Namensgebungen durch den Stiefvater eines unehelichen Kindes (§ 1706 BGB.), ihre sich meist auf Mündel der Amtsvormundschaft beziehen, können künftig im Jugendamt beglaubigt werden. Auch die Anerkennung, die zur Legitimation eines unehelichen Kindes, dessen Eltern geheiratet haben, notwendig ist, könne die Urkundsperson des Jugendamtes künftig beurkunden. Der wichtigste und häufigste Fall sei aber die Anerkennung der unehelichen Vaterschaft und Unterhaltspflicht, die künftig im Jugendamt in vollstreckbarer Form beurkundet werden kann. Es sei eine alte Erfahrung der Amtsvormundschaft, daß 50 Prozent und mehr der Väter es auf einen Prozeß nicht ankommen lassen. In diesen Fällen könne künftig ohne Inanspruchnahme einer anderen Behörde (Gericht oder Notar) ein Schuldtitel erlangt werden, der es sofort ermögliche, den Vater nötigenfalls zwangsweise zum Unterhalt heranzuziehen. In der Regel werde es möglich sein, schon in den ersten beiden Wochen nach der Geburt des Kindes, dessen Unterhalt sicher zu stellen. Die Zahlungen des Vaters werden sich dann zeitlich lückenlos an die schon bestehenden sozialfürsorgerischen Maßnahmen für die Wöchnerinnen-Wochenhilfe der Krankenkassen oder Wochenfürsorge der Fürsorgeverbände anschließen, und beide, Mutter und Kind, über die schwerste Zeit besser wie bisher hinwegkommen. Auch ein Eingreifen der Fürsorgeverbände werde in sehr zahlreichen Fällen vermieden werden, wo es bisher unvermeidlich gewesen ist. Bei guter Organisierung der Amtsvormundschaft und bei entgegenkommender Amtshilfe unter den Jugendämtern werde diese neue Aufgabe der Jugendämter, die zunächst nur rein formaler Natur zu sein scheine, weitgehende soziale Bedeutung erlangen.

Erwünscht sei aber eine baldige reichsrechtliche Regelung der Angelegenheit, da leider das Preußische Gesetz vom 24. Dezember 1926 entgegen den Wünschen des Deutschen Städtetages und denen des Archivs Deutscher Berufsvormünder Bestimmungen enthalte, die in der Praxis lästig seien und überdies von den Bestimmungen anderer Länder wesentlich abweichen, während einige Länder, z. B. Bayern, Thüringen, Vornahme von Beurkundungen im Jugendamt überhaupt nicht zugelassen hätten.

In der Aussprache wird die Frage aufgeworfen, ob auch nebenamtlich in der Jugendpflege tätige Personen (Lehrer usw.) zur Beurkundung zugelassen sind. Diese und andere Fragen beantwortet der Referent in seinem Schlußwort und zwar erstere zustimmend. Jedenfalls seien die Vorschriften über die „Beurkundungen" noch sehr unklar. Nachdem vom Vorsitzenden befürwortend eine Anregung des Landshauptmanns der Provinz Sachsen bekanntgegeben wurde, alle Bezirksfürsorgeverbände möchten dem Krüppelfürsorge-Verein für die Provinz Sachsen beitreten, sprach Referendar Benz-Dessau über **das Verhältnis zwischen Einzelvormundschaft und Amtsvormundschaft.** Das Bürgerliche Gesetzbuch stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt der Einzelvormundschaft. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz führte jedoch die Sammel- oder Amtsvormundschaft ein. Die Ursache bestand darin, daß Einzelvormünder nicht recht in der genügenden Zahl und nötigen Qualität zu beschaffen waren. Redner erörtert sodann die Vorschriften über die Amtsvormundschaft. Danach sind Träger der Vormundschaft die Jugendämter als Behörden. Die gesetzliche oder obligatorische Amtsvormundschaft tritt bei allen unehelichen Kindern ein. Sie hat gegenüber der Einzelvormundschaft eine Reihe von Vergünstigungen. Die Stellung des Amtsvormunds ist viel freier als die des Einzelvormundes. Das ist berechtigt, weil die erstere durch eine Behörde durchgeführt wird.

Es folgt nun noch die Besprechung einer Reihe von Fachfragen der Amtsvormünder. Ueber diese spricht Oberinspektor Strauß-Naumburg. Es werden dabei mehr innere Verwaltungsangelegenheiten behandelt. Damit hatte die bemerkenswerte Tagung ihr Ende erreicht. Bürgermeister Paul faßt nochmals das Ergebnis der Erörterungen zusammen und schließt die Versammlung.

Dem Andenken eines Märtyrers der Republik.

Am vorigen Sonntag ist am Geburtshause des von nationalen Strolchen, Mitgliedern des „Wiking"-Bundes ermordeten Zentrumsführers Matthias Erzberger in dem württembergischen Ort Buttenhausen im Rahmen einer schlichten und innigen Feier nebenstehende Gedenktafel enthüllt worden. 2000 Personen, darunter 500 Reichsbannerleute aus Ulm u. Reutlingen, nahmen an der erhebenden Feier teil. Die Feier war eine eindrucksvolle Kundgebung für die deutsche Republik. Der Schultheiß von Buttenhausen versprach, für den Schutz der Gedenktafel Sorge zu tragen.

Attentat auf die Volksernährung.

Das Großagrariertum verlangt neue Liebesgaben.

Am 31. Juli 1927 läuft der im Hochsommer 1925 geschaffene Zolltarif ab. Eine Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes auf dem Verordnungswege ist nicht möglich. So ergibt sich die Notwendigkeit, einen neuen Tarif zu schaffen. Dafür steht eine Zeit von etwas mehr als zwei Monate zur Verfügung. Sie ist zu gering für eine gründliche Erörterung der Zollfragen. Ohne Zweifel beabsichtigt aber die Regierung, eine solche Erörterung zu vermeiden; glaubt sie doch, mit dem Ablauf der gegenwärtigen Regelung eine

Erhöhung der Agrarzölle durchsetzen zu können.

Schon seit Monaten bestürmt der Landbund die Regierung um eine Erhöhung der Getreide- und Futtermittelzölle. Nun sind aber die Getreidepreise unter Einfluß der Ende 1925 eingeführten Zölle, des erhöhten Mehlzolles im deutsch-französischen Zusatzabkommen und der willkürlichen Eingriffe in die Preisbildung über die Getreidehandelsgesellschaft derart gestiegen, daß selbst die gegenwärtige Regierung es für klug hält, der großagrarischen Forderung nach vermehrtem Zollschutz Widerstand entgegenzusetzen. Dasselbe gilt für die Futtermittelzölle. Durch die bisherigen Sätze ist der mittlere und kleine Landwirt, also in erster Linie der Viehzüchter gegenüber dem großen Körnerbauer bereits stark benachteiligt, sodaß eine weitere Erhöhung der Futtermittelzölle größte Mißstimmung bis weit in die Regierungsparteien hinein auslösen wird. Da eine Erhöhung der Getreide- und Futtermittelzölle wohl nicht opportun erscheint, glaubt man die

Zölle auf die Einfuhr von Fleisch in die Höhe setzen

zu können. Nach Ansicht des Reichsernährungsministers wird nämlich in Deutschland noch immer viel zu viel Fleisch gegessen.

Zunächst denkt man daran, den Zollsatz für Schmalz von 6 Mark nach der bisherigen Regelung auf den im deutsch-schwedischen Abkommen vorgesehenen Satz von 10 Mark heraufzusetzen; ebenfalls soll der Einfuhrzoll für Speck von 14 auf 20 Mark erhöht werden. Daneben werden Pläne erörtert, die Belastung für die Schweinefleischeinfuhr von 21 auf 32 Mark zu erhöhen. Die volkswirtschaftliche Rechtfertigung dieser Vorschläge liegt nicht vor, es sei denn, daß die gegenwärtige Regierung die Aufgabe, der deutschen Landwirtschaft neue Liebesgaben zuzuschanzen, als eine volkswirtschaftliche betrachtet. Von einem Ueberfluß an Schweinen in Deutschland kann man nicht reden. Der Bestand ist gegenwärtig geringer als vor dem Kriege. Der Führer der deutschen Delegation in den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen selbst hat vor kurzem erklärt, daß Deutschland gegen eine größere Einfuhr von polnischen Schweinen nichts einwenden könne. Erst nachdem der Reichslandbund in einer Eingabe an die Regierung sich gegen eine vermehrte Fleischeinfuhr aus Polen gewandt hat, fand man im Reichsernährungsministerium, daß eine Erhöhung des Zolles auf die Einfuhr von Schweinefleisch notwendig sei. Selbstverständlich ist, daß durch eine Erhöhung des Schweinefleischzolles, die vorzugsweise Polen trifft, die Aussichten auf eine deutsch-polnische Handelsverständigung immer ungünstiger werden, während der deutsche Handel nach Polen von Monat zu Monat weiter zurückgeht.

Fehlt für eine Erhöhung des Schweinefleischzolles jede volkswirtschaftliche Berechtigung, so ist der Plan, die

Gefrierfleischeinfuhr zu verzollen,

ohne weiteres eine Gefahr für die Ernährung des deutschen Volkes. Nach der bisherigen Regelung konnten 120 000 tons Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschlands eingeführt werden. Dieser Zustand hat niemanden befriedigt und die mit der Kontingentierung gemachten Erfahrungen bekräftigen nur unsere Forderung nach Wegfall und

zollfreier Einfuhr von Gefrierfleisch.

Die Landwirtschaft aber verlangt einen Zoll von 45 Mark. Diese Forderung ist durchaus überspannt und würde die maßlose Verteuerung eines Nahrungsmittels bedeuten, das gerade in den breiten Schichten verbraucht wird. Von den 120 000 tons Gefrierfleisch, die im Jahre 1926 zollfrei nach Deutschland hereinkamen, gingen nicht weniger als 31 000 tons nach Hamburg und Berlin. Die durch die Arbeitslosigkeit verarmte industrielle Bevölkerung ist es also, die für die Abnahme von Gefrierfleisch in Betracht kommt. Diese Bevölkerung soll aber durch die unsinnige Forderung nach einem Gefrierfleischzoll in Höhe von 45 Mark weiter belastet werden. In Berlin wurden im Jahre 1926 pro Kopf der Bevölkerung 4,6 kg Gefrierfleisch verbraucht, in Hamburg 10,5 kg. In den großen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, Aachen, Düren, Geisenkirchen, Recklinghausen, Dortmund, Bochum, Elberfeld, Barmen, Essen usw. schwankt der Verbrauch für das Jahr 1926 pro Kopf der Bevölkerung zwischen 10,9 kg. und 6 kg. Das dürfte wohl bedeuten, daß ein großer Teil unserer industriellen Bevölkerung als Fleischnahrung überhaupt nur Gefrierfleisch genießt. Eine empfindliche Preiserhöhung für dieses Nahrungsmittel, wie sie die Regierung Hand in Hand mit der Landwirtschaft plant, müßte den Konsum erheblich drücken und die Fleischnahrung aus dem Speisezettel des industriellen Arbeiters überhaupt streichen.

An und für sich scheint man bei der Erörterung der neuen Fleischzölle im Reichsernährungsministerium mehr die auskömmlichen Preise der Landwirtschaft als eine auskömmliche Ernährung der breiten Bevölkerung zu berücksichtigen. In den Jahren 1911 bis 1913 verbrauchte das deutsche Volk pro Kopf der Bevölkerung 55,1 kg Fleisch. Der Verbrauch ist im Jahre 1926 auf 48,5 kg gefallen. Der Rückgang beträgt nichts weniger als 12 Prozent. Er ist aber größer, wenn man berücksichtigt, daß sich seit 1913 die Zusammensetzung der Bevölkerung völlig geändert hat. Die Zahl der Kinder ist, absolut und relativ, gegenüber der Zeit vor dem Kriege zurückgegangen. Andererseits ist, auf Grund der Tatsache einer verminderten Sterblichkeit, die Zahl der alten Leute, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen, gestiegen. Kinder und alte Leute kommen aber für den Fleischgenuß weniger in Frage als der erwerbstätige Mensch. In Rücksicht auf diese Entwicklung errechnet die Statistik heute gegenüber den Jahren 1911 bis 1913 einen

Rückgang im Fleischverbrauch von rund 17 bis 20 Prozent.

Der Fleischgenuß ist also um ein Fünftel gefallen. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung muß natrlich bei der gegenwärtigen schlechten Ernährung, nachlassen.

Trotzdem hat die gegenwärtige Regierung den Mut und die Stirn, für eine weitere Verteuerung des Fleisches und für eine weitere Verschlechterung der Ernährung einzutreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0009

Kleine Chronik.

Zur Verhaftung des Zigeunerhäuptlings Herzberg.

Herzberg,

der seit acht Jahren wegen vieler Morde und Raubüberfälle gesuchte Zigeunerhäuptling, ist jetzt, wie gemeldet, in der Nähe von Pillkallen in Ostpreußen verhaftet worden. Herzberg, die über außerordentliche Körperkraft verfügt, war wegen seiner rücksichtslosen Brutalität bei seinen Stammesgenossen so gefürchtet, daß sie nicht wagten, ihn anzuzeigen.

Bestätigte Todesurteile.

Das Reichsgericht beschäftigte sich am Donnerstag mit der Revision des Oberkellners Hermann Toepper und seiner Ehefrau, die am 24. Februar vom Schwurgericht in Hirschberg (Schlesien) wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden sind. Beide hatten am 15. März 1923 auf einem Waldweg bei Hermsdorf den Händler Heimann erschlagen, um in den Besitz seines Geldes zu kommen. Das Reichsgericht verwarf die Revision und bestätigte die beiden Todesurteile.

Ebenfalls verworfen wurde die Revision des Kraftwagenführers Ernst Poetzsch aus Leipzig, der am 14. September 1926 die Arbeiterin Prescher, mit der er befreundet war, in seine Wohnung gelockt, vergewaltigt und ermordet hatte. Das Schwurgericht hatte Poetzsch wegen schwerer Notzucht zu 15 Jahren Zuchthaus und wegen Mordes zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wurde vom Reichsgericht bestätigt.

Brandstiftung in Berlin-Moabit. In dem großen Berliner Kriminalgerichtsgebäude in Moabit wurde in den Abendstunden des Mittwoch eine dreiste Brandstiftung versucht. Beamte der Staatsanwaltschaft, die lange nach Dienstschluß noch tätig waren, nahmen plötzlich einen starken Brandgeruch wahr. An zwei Türen zu Zimmern der Staatsanwaltschaft war mit Petroleum getränktes Holz aufgeschichtet und angezündet worden; auch die Türen selbst waren mit Petroleum übergossen. Der Brand konnte rasch gelöscht werden. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung des Gerichtsgebäudes nach dem Brandstifter blieb erfolglos. Die Ermittlung ergab, daß der Brandstifter bei seiner Tat gestört wurde. Eine dritte Tür, die ebenfalls mit Petroleum begossen war, konnte er nicht mehr anzünden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Zweck der Brandstiftung die Zerstörung von Akten der Staatsanwaltschaft war. Von dem Täter fehlt einstweilen jede Spur. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt.

Bestrafte Brandstifter. Am 29. März 1926 brannte in dem pommerischen Dorfe Schmellenthin der Dorfkrug bis auf die Grundmauern ab. Es war am Vorabend des Abzuges der langjährigen Pächterin, Frau Köhn, die einem Mehrbietenden weichen mußte. Einen großen Teil ihres eigenen Inventars hatte sie bereits weggeschafft. Unter diesen Umständen lag der Verdacht der Brandstiftung sehr nahe. Die Untersuchung ergab, daß sich nicht weniger als 10 Personen zusammengefunden hatten, um die Kündigung der Pächterin zu rächen. Die Urteile gegen die Brandstifter lauteten auf 26 bis 18 Monate Zuchthaus. Die Wirtin selbst erhielt 7 Monate Gefängnis, weil sie von der Absicht der Brandstiftung Kenntnis hatte, aber eine Anzeige unterließ.

Reiche Strumpfbeute. In der Nacht zum Donnerstag drangen Einbrecher in Berlin in die Strumpfwarengroßhandlung von Albert Ephraimssohn und erbeuteten Strumpfwaren im Werte von rund 8000 Mark. Mit ihrer Beute konnten die Diebe, die vom Dach aus eingestiegen waren, unerkannt entkommen.

Postsendung mit Dynamit. In Paris erhielt ein Mechaniker ein Paket zugesandt, dessen Inhalt nach Entfernung der Umhüllung explodierte. Der Empfänger wurde im Gesicht, an den Händen und am Unterleib verletzt. In dem Paket befand sich eine Dynamitkartusche. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt.

Was kostet die Berliner Straßenreinigung? Aus einer Statistik der Stadtverwaltung Berlin ergibt sich, daß die Straßenreinigung in der Reichshauptstadt im Jahre 1926 13 Millionen 728 000 Mark erforderlich macht. Die täglich zu reinigende Straßenfrontlänge beträgt 3 397 304 Meter.

Martyrium eines Ueberfüllsigen. Einem bestialischen Verbrechen kam die Polizei von Fiume auf die Spur. Vor zwei Jahren war in einem Nachbardorfe der halbblöde Soha eines Ehepaares verschwunden. Wie sich jetzt herausstellte, hatten die eigenen Eltern ihn zusammen mit dem Vieh in einen Stall gesperrt um sich seiner zu entledigen. Der fast zum Tier gewordene unglückliche junge Mann mußte sofort in ein Irrenhaus geschafft werden. Die entmenschten Eltern wurden verhaftet.

Tanzend in den Tod. In der nordböhmischen Grenzstadt Asch haben sich in den letzten Tagen zwei aufsehenerregende Selbstmorde ereignet. Ein 23jähriges Mädchen unternahm in scheinbar ausgelassener Laune vor den Augen ihrer Schwestern, ihrer Mutter und anderen Leuten einen Todessprung aus dem Fenster. Die fünfzehn Jahre alte, im Nachbarhause wohnhafte Else Günther schwärmte seit dieser Zeit für die „mutige Tat" ihrer Freundin und faßte den Entschluß, ebenfalls einen solchen Heldentod zu sterben. Sie forderte auch eine andere Freundin auf mit ihr zu sterben und erhielt bereits eine Zusage. Auf einen Zettel schrieben die Mädchen lächerliche Gründe ihres Selbstmordes, an dem der Vater und der Geliebte schuld sein sollten. Dann suchten sie einen Teich. Als eine dritte Freundin dazukam, wollte diese die Lebensmüden umstimmen. Else Günther aber blieb fest. Die Mädchen tanzten dann auf der Wiese vor dem Teiche einen lustigen Reigen und sangen dazu. Da warf die Günther den Mantel ab und stürzte sich in die tiefen Fluten. Die Leiche wurde erst am nächsten Morgen gefunden.

„Entführung" einer Minderjährigen. Er und sie, 18 und 15 Jahre alt, aus Goslar am Harz, hatten sich am 21. April im Anschluß an eine Klavierstunde auf die Wanderschaft begeben. Ueber Braunschweig, Magdeburg pilgerte man, nachdem man von Magdeburg aus ein Mietauto bis nach Burg benutzt hatte, zu Fuß der schönen Reichshauptstadt entgegen. Jeglicher Mittel bar, wandte sich der unternehmungslustige Jüngling an seine in Goslar wohnende Schwester um Geld, das postlagernd nach Gr.-Kreutz gesandt werden sollte. Die Schwester in Goslar war aber offenbar vernünftiger als die beiden Ausreißer zusammengenommen und gab dem Vater des Mädchens von dem mutmaßlichen Aufenthaltsort der Ausreißer Kenntnis. So erfuhr die Landjägerei Groß-Kreutz von der Angelegenheit und bereitete schließlich durch eine plötzliche Verhaftung dem idyllischen Wanderleben ein Ende. Der hoffnungsvolle junge Mann wurde dem Amtsgericht in Brandenburg zugeführt und wird sich wegen Entführung einer Minderjährigen zu verantworten haben. Das Mädchen wurde von seinen Angehörigen in Obhut genommen und heimwärts gebracht.

Grausiges Mordgeständnis eines Liebespaares. In dem westböhmischen Dorfe Malonitz wurde am Gründonnerstag das bäuerliche Ehepaar Kustka ermordet. Einige Tage später wurden der Kutscher und die Dienstmagd des getöteten Ehepaares verhaftet. Sie leugneten fortgesetzt hartnäckig, bis jetzt endlich die Magd ein Geständnis ablegte, das der Knecht bestätigte. Beide traten zu Beginn dieses Jahres bei Kustka in Dienst, und der Knecht entwarf alsbald einen Plan, das kinderlose Ehepaar zu beseitigen, um dann selbst in den Besitz der Bauernwirtschaft zu gelangen. Es bedurfte vieler Ueberredung, bis das Mädchen einwilligte, dann aber war sie dem Knechte bei dem Verbrechen völlig hörig. Sie ging mit diesem in die Stube, in der sie zuvor eine Hacke bereitgestellt hatte. Während sie in der einen Ecke des Zimmers mit der Bäuerin sprach, erfaßte der Knecht die Hacke und zertrümmerte damit dem auf der Ofenbank liegenden Landwirt den Schädel. Dann lief die Magd hinaus, und der Knecht zwang die Bäuerin unter Todesdrohungen, einen Zettel zu schreiben des Inhalts, daß sie den Hof der Beatrix Matejovic vermache. Gleich darauf kehrte die Magd in die Stube zurück und brachte ihrem Geliebten einen Strick. Er machte eine Schlinge, warf diese der alten Frau um den Hals und höhnte ihrer, als sie um Erbarmen bat. Die Magd mußte dann den Strick über die Türklinke emporziehen und ihn festhalten, bis die Greisin sich nicht mehr rührte. Dann banden sie den Strick fest und entfernten sich. Da man aber von außen die Leiche bemerkte, kehrten sie zurück und hängten sie etwas tiefer. Dabei bemerkte die Magd, daß der alte Kustka noch röchelte, sie reichte dem Knecht die Axt, mit der dieser den unglücklichen Alten vollends erschlug. Dann warfen sie in der Stube alles durcheinander, um einen Raubüberfall vorzutäuschen. Früh morgens weckten sie die Nachbarn, denen sie sagten, daß die Wohnung Kustkas versperrt sei und trotz alles Klopfens darin alles still bleibe. So roh und bestialisch die ganze Tat ausgeführt wurde, so plump-naiv war die verräterische Sache mit dem Vermächtnisse. So kam es denn, daß das Verbrecherpaar alsbald festgenommen wurde.

Weibliche Kriminalpolizei in Berlin.

Frl. Wieking.

Das Berliner Polizeipräsidium hat eine neue Kriminal-Inspektion gebildet, an deren Spitze die bisherige Leiterin der Frauenhilfsstelle im Berliner Präsidium, Frl. Wieking, im Range eines Kriminal-Polizeirates steht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Halberstadt. Anläßlich der am 22. Mai hierselbst stattfindenden Kreiskonferenz findet für die Ortsgruppe Halberstadt ein Appell statt und zwar auf der Volkswiese hinter dem Bismarckturm. Alle Bezirks- und Kameradschaftsführer werden ersucht, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, damit der Appell klappt.

Halberstadt. 4. Bezirk. Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, findet beim Kameraden Fritz Stauch, Hoheweg, eine Kameradschaftsführer-Sitzung statt. Kartothek ist mitzubringen.

Wernigerode. (Radfahrerzug). Da am 15. Mai unsere Autofahrt stattfindet, wird zum Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus vor unserer Vollversammlung eine kurze Besprechung stattfinden. Da über Abfahrtszeit und verschiedenes andere nochmal gesprochen werden muß, ist das Erscheinen aller Teilnehmer dringend erforderlich. Abfahrt wird nur in der Versammlung bekanntgegeben.

Quedlinburg. Radfahrer. Am Sonntag, den 15. Mai, findet unsere beschlossenen Ausfahrt nach Wienrode—Wendefurth statt. Der Arbeiter-Radfahrerverein beteiligt sich an dieser Fahrt. Abfahrt Punkt 7 Uhr morgens von der „Rose".

Oschersleben. Am Montag, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Stadtpark Mitgliederversammlung. Die wichtige Tagesordnung verlangt, daß jedes Mitglied anwesend ist.

Oschersleben. Unsere Mitgliederversammlung findet am Montag, den 16. Mai cr., abends 8 Uhr, im „Stadtpark" statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kameraden.

Ottleben. Am Sonntag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, findet beim Kameraden Richard Ernst eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Ist das Reichsbanner noch notwendig? Referent: Kreisleiter Kam. Köhrich-Oschersleben. 2. Vorstandswahl. Kameraden, zeigt durch vollzähliges Erscheinen euer Interesse.

Osterwieck. Am Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Vorstandssitzung statt, wozu auch sämtliche Zugführer sowie Korporalschaftsführer zu erscheinen haben. Da die Vorbereitungen zu unserem Volksfest zu treffen sowie andere wichtige Sachen zu erledigen sind, ist es Pflicht eines Jeden, restlos und pünktlich zu erscheinen. Diejenigen Kameraden, die mit nach Leipzig wollen, können jetzt schon das Fahrgeld beim Kam. Sperling, Kapellenstraße, in Raten einzahlen. Am 19. und 20. Juni d. Js. findet unser diesjähriges Volksfest statt. Wir möchten die umliegenden Ortsgruppen schon jetzt darauf aufmerksam machen und bitten, diesen Tag freizuhalten.

Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. Zentral. Heute abend trifft alles im Knabenhort pünktlich 8 Uhr zur Sprechchorprobe ein. Texte mitbringen.

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Sonnabend, den 14. Mai.

Berlin. 8.30 Lustiges Wochenende (Joseph Plaut und Funkkapelle), 10.30—12.30 Tanzmusik.

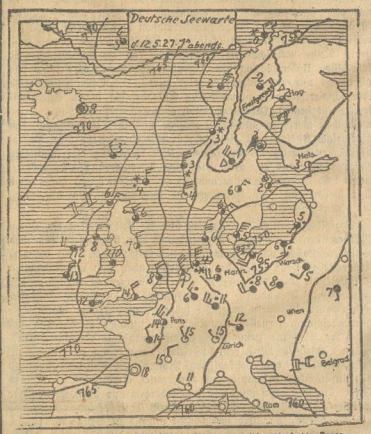
Königswusterhausen: Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 8.15 Sinfoniekonzert (Goldmark, Busoni, Berlioz) 10.45 bis 12 Tanzmusik.

Hamburg. 8—11.30 Sinfoniekonzert (Goldmark, Bizet, Dvorak), Anschließend Abendkonzert.

Langenberg. 8 Jubiläumskonzert des Männergesangvereins „Frohsinn" Mühlheim-Ruhr, 10.30—12 Lustiger Abend (Köln).

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ₹ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ○ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. An neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis 14. Mai abends:

Das Störungsgebiet, das sich am Mittwoch hoch im Norden entwickelte, hat sich zu einer selbständigen Depression ausgebildet, die über die südliche Ostsee nach Südosten hinwegschritt und bei ihrem Vorübergange das Wetter in Mitteldeutschland erheblich beeinflußte. Ihr folgt zunächst eine weitere Polarluftströmung, doch scheint die Ueberflutung Europas mit kalter Luft allmählich ins Stocken zu geraten, da hoch im Norden über Grönland und dem Nordmeere stärker und ausgedehnter Luftdruckfall eingesetzt hat, der ein Abfließen der bis jetzt über Grönland lagernden Kaltluftmassen nach einem anderen Weltteil ankündigt. Wir können daher mit einer Erwärmung rechnen, die sich zwar recht zögernd anlassen wird, aber allmählich doch zu normalen Temperaturwerten hinüberleitet. Die Nachtfrostgefahr besteht zurzeit noch fort, klingt aber allmählich ab.

Aussichten: Im großen und ganzen ruhiger und etwas freundlicher, nur sehr langsam fortschreitende Erwärmung.

„Volkssport"

Montag-Morgenzeitung für die Provinz Sachsen, die Länder Braunschweig und Anhalt.

Die Zeitung der Arbeiter-Sportler

Der „Volkssport" wird Montags früh in allen größeren Orten des Verbreitungsgebiets zu haben sein. Ausführliche Berichte über alle Ereignisse in der Welt des Arbeitersports.

Aktuelle allgemeine Nachrichten vom Sonnabend und Sonntag

Bezugspreis vierteljährl. 1.80 M. zuzüglich des Bestellgeldes

Preis der Einzelnummer 15 Pfg.

Bezug durch die Post und durch die Sportvereine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich ... einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0.90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthens, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 112. Sonnabend, 14. Mai 1927. 2. Jahrgang.

Verlängerung des Republikschutzes

Wilhelm muß mit Zustimmung der Deutschnationalen weiter in Holland bleiben.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien, die unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart von zwei deutschnationalen Ministern vor sich gingen, haben am Donnerstag zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Regierungsparteien einen Initiativantrag, bestehend aus einem Paragraphen, einbringen. Er besagt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik in seiner Gesamtheit um zwei Jahre verlängert wird und die Befugnisse des Staatsgerichtshofes an einen Senat des Reichsgerichts übergehen. Falls das Reichsverwaltungsgericht früher in Tätigkeit tritt, sollen ihm die aus dem Republikschutzgesetz entstehenden Aufgaben übertragen werden.

Außerdem wurde vereinbart, mit der Verabschiedung des Initiativantrages vom Reichstag eine Entschließung annehmen zu lassen. Ihr Wortlaut liegt zwar noch nicht fest, aber durch sie soll das Reichskabinett aufgefordert werden, in eine Prüfung darüber einzutreten, welche Bestimmungen des Republikschutzgesetzes aufgehoben bzw. abgeändert werden sollen. Hier handelt es sich um einen speziellen Wunsch der deutschnationalen Unterhändler, dem von den anderen Regierungsparteien entsprochen wurde. Es verbirgt sich hinter ihm der Zweck, den Kaiser-Paragraphen in absehbarer Zeit aufzuheben oder wenigstens nach außen den Deutschnationalen in diesem Sinne die Propaganda zu erleichtern. Die Offensive der Konservativen hat damit ihre Wirkung nicht ganz verfehlt. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch nur um einen Scheinsieg.

Die Deutschnationalen haben seit den interfraktionellen Verhandlungen über das Republikschutzgesetz ein regelrechtes Bombardement von persönlichen Einwirkungen Telegrammen und Briefen über sich ergehen lassen müssen. Seitdem nun bekannt geworden ist, daß die Deutschnationalen auch den Kaiserparagraph schlucken wollen, ist bei den unentwegten Monarchisten geradezu ein Sturm entstanden, der sich in Bitten, Beschwörungen und sogar in Drohungen austobt. Aus allen Teilen Deutschlands regnen Aufforderungen, den Kaiserparagraphen unter allen Umständen abzulehnen, unter Hinweis auf die unübersehbaren Folgen in der „kaisertreuen Bevölkerung".

Wie der „Soz. Pressedienst" von zuverlässiger Seite erfährt, hat auch Haus Doorn direkt und indirekt in den Kampf der Meinungen eingegriffen. Persönliche Vertrauensmänner des Kaisers sind aufgefordert worden, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Kaiserparagraph nicht Gesetz wird. Auch der Exkronprinz soll von seinem kaiserlichen Vater den Auftrag erhalten haben, alle Kräfte mobil zu machen, um die Deutschnationalen von dem beabsichtigten „Verrat" abzuhalten. Der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ist schließlich sogar eröffnet worden, daß die Konservative Partei offen gegen sie Stellung nehmen würde, wenn der Kaiserparagraph mit ihrer Hilfe Gesetz würde. Inwieweit und ob sich diese Einflüsse bisher überhaupt bis in das Palais des Reichspräsidenten geltend gemacht haben, war bisher nicht festzustellen.

Als Auswirkung dieser Kampagne auf die Deutschnationalen ist vorläufig festzustellen, daß sie die am Mittwoch gegebene Zustimmung zur Verlängerung des Kaiser-Paragraphen in ihrer anfänglichen Form am Donnerstag nicht mehr ganz aufrechterhalten hatten. Ihre Versuche gehen neuerdings dahin, eine Zusicherung zu erhalten, daß der Kaiser-Paragraph nicht zwei Jahre, sondern nur vorübergehend verlängert und in absehbarer Zeit ganz aufgehoben wird. An sich hat sich also an ihrer Absicht, für das gegen sie und gegen die Rückkehr ihres Kaisers und Königs aus Doorn geschaffene Gesetz zu stimmen, nichts geändert. Nur, daß sie nach dem neuesten Stand der Dinge jetzt nur vorübergehend die „Treue" zu dem angestammten Herrscherhause als Preis für eine weitere Beteiligung an der Reichsregierung verramschen wollen. „Diese treulose Gesellschaft", wird Wilhelm sagen.

*

Der Reichskanzler

wird in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, auch mit den Führern der Sozialdemokratie über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes zu beraten. Die Demokraten sollen ebenfalls geladen werden.

*

Nationale Taubstummenanstalt.

Es ist bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung" über die Vereinbarungen heute nicht eine Zeile bringt, während die „Kreuzzeitung" wahrheitswidrig behauptet, eine Einigung sei noch nicht erzielt. Im Gegensatz hierzu bestätigt der „Lokalanzeiger", daß der § 23 bestehen bleibt und auch die Zustimmung der Deutschnationalen finden wird. Darüber hinaus gibt das Blatt zu, daß die in Aussicht genommene Entschließung sich in erster Linie mit dem Kaiserparagraphen beschäftigen soll. Es dürfte also dabei bleiben, daß es sich in Bezug auf diesen Paragraphen um Abmachungen auf baldige Kündigung handelt. Die nationalistische „Deutsche Zeitung", die am Donnerstag noch in den heftigsten Worten gegen das Republikschutzgesetz Sturm lief, und seine Verlängerung u. a. als „neue Demütigung der Deutschnationalen" bezeichnete, hat ebenfalls die Sprache verloren.

Marx rüffelt Hergt.

Vor versammeltem Kabinett.

In der heutigen Ausgabe des „Berliner Tageblattes" wird festgestellt, daß der Reichskanzler seinen Vertreter und Reichsjustizminister Dr. Hergt vor versammeltem Kabinett erklärt haben soll, es wäre **besser gewesen, wenn seine Beuthener Rede nicht gehalten worden wäre.**

Die Verantwortung für diese Feststellung überlassen wir dem genannten Blatt, ebenso wie für die gleichzeitig von ihm aufgestellte Behauptung, daß der Reichsaußenminister am Donnerstag mit dem polnischen Gesandten in Berlin zeitraubende Verhandlungen über die Fertigstellung eines gemeinsamen Kommuniques geführt hat, durch das der Konflikt beigelegt und die von der polnischen Regierung eingeleitete Protestaktion abgeschlossen werden soll.

Die hohen Getreidepreise.

Unterbindung der Einfuhrscheine bis zum 31. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Die Getreidepreise sind in der letzten Zeit nicht unwesentlich gestiegen. Den Anstoß zu dieser Entwicklung haben die steigenden Forderungen der Ueberseegebiete gegeben, denen auf der anderen Seite ein starkes Einfuhrbedürfnis der europäischen Zuschußländer gegenüberstand. Die Preissteigerung hat sich in stärkerem Maße auf Weizen als auf Roggen erstreckt. Während noch vor einigen Wochen auf dem deutschen Markte die Preisspanne zwischen Roggen und Weizen nur etwa 10 M betrug, ist sie gegenwärtig auf rund 30 M angewachsen. Wenn auch mengenmäßig nach wie vor keine Besorgnis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Einsetzen der neuen Ernte besteht, so läßt doch das starke Einfuhrbedürfnis einiger europäischer Länder es zweckmäßig erscheinen, einer stärkeren Ausfuhr deutschen Brotgetreides rechtzeitig entgegenzutreten. Dies kann am zweckmäßigsten dadurch erreicht werden, daß bis zum Einsetzen der neuen Ernte, d. h. bis zum 31. Juli, bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste und Hafer Einfuhrscheine nicht erteilt werden.

Deshalb hat die Reichsregierung eine Vorlage eingebracht, die bereits die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat und in den nächsten Tagen im Reichstag erledigt werden soll.

Antwort an den Bürgerblock.

Der französische Außenminister Briand

hat zugesagt, über den deutschen Antrag auf Verminderung der Besatzungsstärke im Rheinland noch im Laufe dieser Woche eine Entscheidung seines Kabinetts herbeizuführen. Diese Entscheidung dürfte im negativen Sinne ausfallen.

Von einem bekannten und einflußreichen Diplomaten der Entente wird dem „Soz. Pressedienst" hierzu mitgeteilt: Die Aussichten auf baldige Verminderung der französischen Besatzungstruppen sind in der Tat äußerst gering. Die jüngsten Ereignisse in Deutschland, der ausgesprochene Rechtskurs der Bürgerblockregierung und die fortgesetzten aufreizenden Reden der deutschnationalen Führer im Lande sowie der Stahlhelmtag haben den nationalistischen Einfluß in Deutschland so gestärkt, daß Briand, selbst, wenn er wollte, der gegenwärtigen deutschen Regierung keine ernsthaften Zugeständnisse zu machen in der Lage ist. Das französische Gesamtkabinett würde ihn daran einfach hindern. Außerdem betrachtet man insbesondere im französischen Kabinett die Weigerung Deutschlands, die Schleifung der Ostfestungen durch eine Ententekommission feststellen zu lassen, als eine schikanöse Prestigepolitik der jetzigen Regierung. Auch durchaus deutschfeindliche Kreise kommen mehr und mehr zu der Einsicht, daß eine wirkliche Annäherung kaum möglich ist, solange die Bürgerblockregierung in Deutschland besteht.

Die Abrüstung.

Ein Vortrag Paul Boncours.

Paris, 12. Mai. (Eig. Drahtb.). Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat am Donnerstag vor der sozialistischen Parlamentsgruppe einen Vortrag über den Stand der Abrüstungsfrage gehalten. Er betonte, daß in Genf nur die Frage der Abrüstung zu Wasser und in der Luft ernste Schwierigkeiten bereitet habe. Die Entwaffnungsfrage sei heute jedoch eine Frage geworden, welche die Interessen der Allgemeinheit in allen Staaten aufs schärfste berühre. Es sei deshalb Pflicht der sozialistischen Parteien aller Länder, zur Erzielung der allgemeinen Abrüstung die notwendigen Kämpfe zu beginnen und auszufechten

Preußen und das Reich.

Der preußische Ministerpräsident schafft Klarheit.

Im preußischen Landtag

herrscht jetzt parlamentarischer Hochbetrieb. In der Donnerstagsitzung eröffnete

Ministerpräsident Braun

die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums mit einer gro-
... n süddeutschen Staa-
... aber den preußischen
... Da die deutschnatio-
... m Reichsrat, auch
... ens und Branden-
... sgegeben haben, um
... gen, muß Preußen
... n, vor dem es jüngst
... eil gegen das Reich
... daß das Reich eine
... bt.

... Fraktion,

... ch in seinen Aus-
... fährdung der preu-
... nun gespannt sein,
... die für das Reichs-
... aus dieser peinlichen

... ange-Schöningen,
... Volksversamm-
... lksparteiler Dr. v.
... ten Ton, über die
... zwischen Reich und
... ng an die Südstaa-
... enachteiligung
... notwendige Abwehr

... Heß

... er erklärte, es freue
... egeben hätte. Aber
er verbeugte sich noch tiefer vor Otto Braun, der nur seine Pflicht tue, wenn er jetzt dafür sorge, daß Preußen ebensoviel bekäme wie die Süddeutschen schon hätten. Dann bat er die Sozialdemokratie sehr freundlich, nicht schlecht von der Reichsregierung zu denken, denn man könne doch nicht leugnen, daß in den letzten vier Monaten

die Deutschnationalen fabelhaft viel zugelernt hätten.

Sie seien geistig etwas langsam, darum hätten sie noch nicht alles begriffen, was zum Regieren notwendig sei, aber sie seien doch auf einem sehr erfreulichen Wege der Besserung.

Die Rede von Heß erntete allgemeine Heiterkeit, und auch den Deutschnationalen blieb nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Wenn sie geglaubt haben, auf dem Umweg über den Konflikt zwischen Reich und Preußen der preußischen Koalition Knüppel zwischen die Beine werfen zu können, so haben sie sich jedenfalls schwer geirrt. — Die Debatte wird in einer Abendsitzung fortgesetzt.

*

Otto Brauns Antwort.

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funkmeld.) In der gestrigen Abendsitzung des Landtages, die erst nachts um 12 Uhr ihren Abschluß fand, nahm zunächst der

preußische Ministerpräsident

das Wort zu folgenden Ausführungen: Herr Schlange-Schöningen hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich den Landtag zu einem Kampfe gegen das Reich hinreißen lassen wolle. In meiner achtjährigen Ministertätigkeit habe ich immer bis zu der Grenze, die mir die preußischen Interessen gezogen haben, dem Reich in den schwierigsten Innen- und außenpolitischen Situationen als stärkste Stütze gedient. (Sehr wahr). Wir haben mit dem Reich endlos verhandelt, aber wenn unsere berechtigten Wünsche brüskiert werden, muß letzten Endes auch einmal Fraktur geredet werden und brüskiert ist Preußen in der Eisenbahnfrage worden.

Herr Schlange-Schöningen wirft uns vor, daß wir aus hysterischer Anst um die Republik mit Verboten und Haussuchungen arbeiten. Jegenfalls weniger als im alten Preußen. Ich habe am eigenen Leibe empfunden, wie man aus würdeloser Liebedienerei deutsche Staatsbürger monatelang in Untersuchungshaft genommen hat. (Sehr wahr b Soz.) Und aus Liebedienerei gegen den Zaren hat man Jahre lang eine große Zahl russischer Geheimagenten in Ostpreußen walten lassen, die allerdings ihre Hauptaufgabe in der Spionage gegen Deutschland erblickten. Unsere braven deutschen Truppen haben das 1914 mit ihrem Blute bezahlt. (Stürm. Hört, hört! links.) **Wer dieses alte System verteidigt und noch heute verherrlicht, hat kein Recht von hysterischer lächerlicher Angst um den Staat zu sprechen.**

Zum Fall Brecht

kann ich nur erklären, daß wir diese Methode des Abschiebens von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270514-10/fragment/page=0011